

# Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Abend.  
Bezugspreis monatlich 45 Pfg. vierteljährlich 1,25 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 40 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. ausschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pfg.

**Anzeigenpreise:**  
Die gewöhnliche Zeitungszeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., die 2. gewöhnliche Zeile 1 Mk. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiengasse Nr. 32

### Publications-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr 11

Danzig, Sonnabend den 16. März 1918

9. Jahrgang

## Wo stecken die Landesverräter?

Vor einigen Tagen fand man in einigen Berliner Blättern die folgende aufsehenerregende Notiz:

Zwischen der Heeresverwaltung und der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim sind Differenzen entstanden, die dazu führen, der Leitung der Firma vorläufig eine militärische Aufsicht beizugeben.

Ueber die Gründe dieses auffälligen Vorgehens sind im Hauptauschuß bemerkenswerte Aufklärungen gegeben worden. Die Daimler-Motoren-Gesellschaft besteht seit 1890, ihr Sitz ist Stuttgart-Untertürkheim, eine Zweigniederlassung besitzt sie in Berlin-Mariensfelde. Ihr Zweck ist die Ausbeutung der berühmten von G. Daimler in Cannstadt gemachten Petroleum- und Gasmotorenfindung. Sie erzeugt Personen-Kraftfahrzeuge, Krankenwagen, Flugwagen, Luftschiff- und Flugmotoren (Marke Mercedes).

Dem Vorstand gehören an: Kommerzienrat Ernst Berge, Baurat Paul Daimler, Karl Schippert (B.-Mariensfelde), Ernst Wolff (B.-Mariensfelde) und Dr. G. Sessler. Im Aufsichtsrat sitzen u. a.: Baurat W. v. Gontard (Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Berlin), Kommerzienrat Dr. C. Duttchenhofer (Ber. Köln-Rottweil Pulverfabrik) und Dr. M. Duttchenhofer (Rhein.-Westf. Sprengstoff-W.-G.).

Die Dividenden betragen:

1909 . . . . .	8 Proz.	1913 . . . . .	14 Proz.
1910 . . . . .	10 . . . . .	1914 . . . . .	16 . . . . .
1911 . . . . .	10 . . . . .	1915 . . . . .	28 . . . . .
1912 . . . . .	12 . . . . .	1916 . . . . .	35 . . . . .

Die Aktien des Unternehmens, die i. J. 1911 zu 228 notierten, erreichten während des Krieges Höhen bis über 1000. Schließlich sei dem Berliner Börsenbericht von Freitag noch folgende Mitteilung entnommen: „Unter den Rüstungswerten gaben die Aktien an Daimler-Motorenwerken im Kurse nach.“

Genosse Noske schilderte im Hauptauschuß die Mängel der Daimler-Werke und der kriegsliefernden Großindustrie ausführlicher wie folgt:

Es gibt kein Gebiet der Bezahlung bei den Kriegslieferungen, auf dem der Fiskus nicht geprellt worden ist, oder geprellt werden sollte. Darüber wird im Plenum des Reichstages ausführlich zu reden sein. Heute können uns nur einige Spezialfälle beschäftigen. Die Heeresverwaltung hat zu Anfang des Krieges geglaubt, durch hohe Preise zur Produktion von Kriegsmaterial anzuhalten zu müssen, weil ein Teil der Kriegsindustrie sich zurückzieht. Damals sind riesige Gewinne von einer Anzahl von Unternehmern gemacht worden. Die Preise stiegen trotz der Erhöhung der Materialpreise und der Löhne, weil die Produktion einen immer größeren Umfang annahm. Das gilt z. B. von der Herstellung von Automobilen und besonders auch von der Erzeugung von Motoren. Die Heeresverwaltung mußte selbstverständlich sehr rasch darauf Bedacht nehmen, die Preise so festzusetzen, daß nur ein normaler Gewinn gemacht wurde. Das ist leider nur sehr äusserlich geschehen. Bei kleineren Lieferanten konnte man eine Kontrolle der Gesehungskosten vornehmen.

Zahlreiche große Unternehmungen, darunter natürlich auch Krupp, die A. G. und andere wehrten sich nach Kräften gegen eine Nachprüfung ihrer Kalkulation. Sie haben sich höchstens dazu verstanden, gelegentlich unzutreffende Nachweisungen über ihre Produktionskosten zu geben.

Was Geheimrat Mayer vom Bumba über die Arbeiten der Vertragsabteilung mitgeteilt hat, läßt darauf schließen, daß zum Teil nützliche Arbeit geleistet ist. Zu einem allgemein befriedigenden Zustand sind wir noch lange nicht gelangt. Die Berechnungen leiden darunter, daß sie am grünen Tisch gemacht werden, wenn auch unter Verwendung von praktischen Erfahrungen. Ob ein Betrieb mehr oder weniger rational arbeitet, ist nicht nachzukalkulieren.

Die Heranziehung von Sachverständigen wird in manchen Fällen genützt haben, hat aber auch dazu geführt, daß jetzt fast überall direkte oder indirekte Interessenien sitzen. Dazu kommen die meisten nicht aus ihrer alten Anschauung heraus, daß das Profitmachen etwas Coberswertes ist. Es gibt kein Gebiet der Kriegsberechnung, wo nicht die Interessenten einen Einfluß haben. Ein Wort über die Zuschüsse, die in gewaltiger Höhe ganzen Kriegsindustrien bezahlt worden sind. Einige Verwaltungsvorgänge meinen sie verdienen Zuschüsse. Es ist der Verwaltung zum Vorwurf zu machen, daß mit Reichsmitteln viele Millionen für Anlagen bezahlt wurden, deren Beschäftigung die Unternehmer nach dem Kriege erkennen können. Es hätte darauf Bedacht genommen werden müssen, dem Fiskus einen Bestandteil dauernd zu sichern. Die Preisberechnung für Kriegslieferungen braucht in Deutschland dem englischen System nicht nachgeahmt zu werden. Wohl aber hätte aus der englischen Praxis

beträchtliches gelernt werden können. Die vom Reichsanwalt angelegte Kommission für die Nachprüfung von Kriegslieferungen hat trotz wiederholter Forderung bis heute noch nicht ihre Zusammenstellung über die Lieferungsverträge erhalten können. In der vom Kanzler berufenen Kommission für die Prüfung von Kriegslieferungsverträgen habe ich fortgesetzt geäußert, daß die Heeresverwaltung eine Kontrolle der Gesehungskosten in den Betrieben selbst erzwingen müsse. Das hat sie nicht getan. Zu unserer Überraschung haben wir heute gehört, daß sie dazu schon längst in der Lage gewesen wäre, da das Reichsjustizamt der Ansicht ist, daß auf Grund der Bundesratsverordnung vom 12. Juni 1917 eine Einschüßnahme in die Bücher erzwingen werden könnte.

Das ist geradezu unerhört, daß von diesem Recht nicht Gebrauch gemacht wurde.

Ich halte es für empfehlenswert, daß der Reichstag trotzdem eine weitere Verordnung fordere, weil es fraglich ist, ob alle Gerichte der Auffassung des Justizamtes beitreten werden.

Nun zum Fall Daimler!

Die von den Daimler Motoren-Werke erzielten Profite sind von der öffentlichen Meinung schon lange als ungeheuer angesehen worden. Sie konnten erzielt werden, weil die Heeresverwaltung unbegreiflicherweise dauernd Preise bezahlt hat, wie zu der Zeit, als nur mit großer Mühe einzelne Exemplare von Motoren hergestellt werden konnten.

Es ist richtig, daß eine Nachprüfung der Aufkosten der Firma schwer war, weil die Vorlegung von Kalkulationsberechnungen verweigert wurde.

Die Firma pochte dabei auf den bestehenden Rechtszustand. Es ist geradezu unbegreiflich, daß die Militärverwaltung sich den Daimlerschen Nachstellungen mit einer unübersehbaren Geduld gefügt hat.

Sie ist nicht einmal aus ihrer Ruhe gekommen, als die Daimlersche Leitung trotz ihrer rasenden Profite einen weiteren Preisaufschlag von 50 Prozent forderte. Sandrin sie hat deswegen lange unterhandelt. Erst die Drohung des Kommerzienrats Berge mit Produktionsbeschränkungen hat die Militärverwaltung veranlaßt, ein Einschreiten zu überlegen.

Was Kommerzienrat Berge der Heeresverwaltung schrieb, lief auf die Streikdrohung eines Unternehmens hinaus. Wenn niemals der Begriff Landesverrat auf Arbeitsverweigerung mit Recht hätte angewendet werden können, dann auf die Ankündigung des Herrn Berge, daß er die in dem Interesse der Landesverteidigung unbedingt erforderlichen Motoren nicht mehr in der bisherigen Zahl liefern wolle.

Erst als bei Verhandlungen im Württembergischen Kriegsministerium dem Leiter der Daimler-Werke die in Aussicht genommene Militarisierung des Werkes angedroht wurde, habe er sich gefügt, und versprochen, keine Einschränkung der Produktion vorzunehmen und die Geschäftsbücher vorzulegen.

Auf die Nachprüfung hatten sich die Herren schon seit geraumer Zeit eingelassen, indem sie planmäßig die Kalkulationsaufstellungen fälschen ließen.

Dieser Umstand, der den militärischen Stellen erst bekannt wurde, nachdem am vorigen Freitag mit der Zeitung von Daimler eine Berufsbildung erzielt worden war, hat dazu gezwungen, weitere Maßnahmen zu erwägen. Ich habe dafür volles Verständnis bei dem württembergischen Kriegsminister und bei den übrigen in Betracht kommenden Stellen gefunden. Die Oberstaatsanwaltschaft wird die Angelegenheit gründlich prüfen, ein Verfahren einleiten, die Bücher nachprüfen lassen, die auch wohl beschlagnahmt sind.

Zweifellos liegt Betrugsverfuch und vollendeter Diebstahl vor.

Ob bei einem gerichtlichen Verfahren sehr viel herauskommen wird, ist allerdings zweifelhaft, nach dem vor einigen Tagen das Wiesbadener Gericht in der Skandalaffäre Philipp die Freisprechung einer Anzahl Angeklagter verurteilt hat. Bei den Stuttgarter Besprechungen mit Vertretern des Kriegsministeriums und des Generalkommandos war zu erwägen, in welcher Form eine Kontrolle über den Daimlerschen Betrieb zu erreichen war. Eine Militarisierung wie aus Anlaß von Streiks kommt nicht in Betracht, weil eine solche Maßregel die Arbeiterschaft mit betroffen hätte, die aber jetzt ganz außer Betracht zu lassen ist.

Es kann also nur eine militärische Oberaufsicht in Frage kommen, bei der den in dem Betrieb abkommandierten Offizieren auch Befehlsgewalt gegenüber der Geschäftsleitung zugesprochen wird.

Der Daimlersche Vorgang stellt sich als eine geradezu unerhörte Einschüßnahme dar.

Es wäre aber total verkehrt, anzunehmen, daß er nur eine Ausnahme darstelle und daß ähnliches sich kaum noch einmal wiederholen werde.

Sehr zahlreiche andere Unternehmungen nützen die Situation nicht weniger skrupellos aus. Dem darf unter keinen Umständen länger zugehört werden. Es muß rücksichtslos durchgegriffen werden.

Mit 120 Milliarden Mark Schulden ist das Reich belastet. Dagegen hat sich ein Teil der deutschen Industrie mit Gold im wahren Sinne des Wortes vollgeogen.

Durch die Annahme des Antrages des Unterauschusses muß erreicht werden, daß in Zukunft weitgehende Kontrolle der Kriegslieferungen ermöglicht wird, damit die Kriegsgewinne auf ein Maß herabgebracht werden, das vor dem Volke einigermaßen verantwortet werden kann.

Der fortschrittliche Abgeordnete Liesching hatte vor Noske das Treiben der berühmten Firma geschildert. Er berichtete über die Verhandlungen des Unterauschusses über Preistreiberellen, insbesondere in der Automobilindustrie.

In Amerika kostet das Automobil 5000 Mark, für das in Deutschland 12 000 Mark bezahlt wurden.

Die Daimler-Werke stehen an der Spitze dieser Preistreiberellen. Der Direktor dieser Werke hat die Kalkulationsaufstellungen nachträglich ändern lassen, um die Prüfungskommission zu täuschen. Nach der Anzeige eines entlassenen Angestellten hat man sogar höhere Löhne angegeben, als bezahlt wurden. Der Leiter des Kriegsamts ist veranlaßt worden, den ganzen Betrieb sofort unter militärische Leitung zu stellen, um weitere Fälschungen zu verhüten.

Die Firma Daimler forderte für Motoren jetzt einen Preisaufschlag von 50 Prozent und der Direktor drohte mit Einstellung der Nachtarbeit, falls dieser Preis nicht bewilligt werden sollte. Das war die Drohung mit dem Streik.

Einer militärischen Kommission hat der Direktor die Vorlage der Bücher verweigert.

Der Unterauschuß des Reichstages hat dann beschlossen, einer neuerrichteten militärischen Kommission den Abgeordneten Noske beizugeben.

Diese Kommission verhandelte am Dienstag in Stuttgart mit dem württembergischen Kriegsminister und mit dem Staatsanwalt. Gegen den Direktor ist ein Strafverfahren eingeleitet. Der Unterauschuß beantragt nun:

Den Reichsanwalt zu ersuchen, schleunigst eine Verordnung des Bundesrats zu veranlassen, die den Reichsanwalt ermächtigt, Einsicht in die Geschäftsbücher der Kriegsindustrie zu nehmen.

Der Antrag ist eine zwingende Notwendigkeit, weil sich viele Werke weigern, die Einsicht in ihre Bücher zu gestatten. Die Firma Daimler hat vor dem Krieg Probomotoren hergestellt, deren Preis natürlich hoch war, eben weil es sich um Probearbeiten handelte. Heute sind diese Motoren ein Massenartikel geworden, trotzdem ist der Preis noch der gleiche, wie für die Probstücke. Die Firma Daimler hat in diesem Artikel deshalb geradezu ein Monopol, weil den anderen Fabriken die Erfahrungen fehlen.

Die Selbstkosten für einen solchen Motor betragen 5000 Mark, bei 30 Prozent Gewinn stellt sich der Preis auf 7000 Mark, die Firma aber berechnet 15 000 Mark und darauf will sie jetzt noch 50 Prozent Zuschlag und droht mit dem Streik, wenn sie das nicht bekommt. Bei einer Produktion von 500 Motoren im Monat haben die Daimler-Werke schon jetzt einen Gewinn an diesem Artikel allein von 48 Millionen Mark im Jahre.

So ist der Kapitalismus! Unheilt durch das Blutmeer des Krieges vermehrt er wie im Frieden mit allen Mitteln die berausende Fülle von Macht und Reichtum, von der einst Karl Marx gesprochen hat. Als Imperialismus heßt er die Völker zum Weltkriege auf einander. Dann beutet er die durch die mörderischen Kämpfe Gefesselten auch noch national durch wehrfähigen Kriegsmacher aus. Das ist die berühmte „Freiheit“, die die Nutznießer des Handels und der Industrie für alle Ewigkeit erhalten wissen wollen.

Was zwingt aber das Reich, wenn es Kriegsmittel, Kanonen, Motoren usw. braucht, dazu nebenher erst noch Millionäre und Uebermillionäre zu züchten, deren kapitalistischer Appetit niemals gestillt werden kann? Der Fall Daimler ist ein erheblich größeres Gegenstück zu dem von uns wiederholt geschilderten Kampf der „vaterlandspartheilichen“ Firma Siese-Carlson-Schichau gegen die Stadt Danzig. Daimler führt seinen Krieg nur in weit größerem Maßstabe gegen das Deutsche Reich selber. Beide Fälle beweisen bis zum Ueberdruß, daß das Großkapital eigensüchtig nichts als nur reine Bereicherung kennt. Diese Ausschreitungen der Kriegsindustrie fordert dringend ihre Verstaatlichung. Sie predigen mit der Kraft unwiderleglicher Tatsachen den Sozialismus.

# Man zeichnet vom 18. März bis 18. April 1918, mittags 1 Uhr, die 8. Kriegsanleihe!

# Zur Lage in Finnland

Von Eduard David, M. d. R.

Ueber die Verhältnisse in Finnland werden Mitteilungen verbreitet, die auf eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung hinauslaufen. So wird in einem Artikel der „Nordd. Allg. Zeitung“ über die beiden in Finnland um die Herrschaft ringenden Regierungen behauptet, die weiße Regierung sei „von dem ganzen Landtag rechtmäßig eingesetzt“. Von der Gegenregierung wird erzählt: „Als die Revolution durch die maximalistischen Machenschaften in Finnland angezettelt wurde, hat sich eine Nebenregierung von russischen Sozialisten etabliert. Sie konnte sich auf keine andere Autorität stützen, als auf die Bajonette der roten Garde und sie grüßte, wie es scheint, ins Wanken.“ Diese Behauptung steht mit den wirklichen Tatsachen im schroffsten Widerspruch. In Wahrheit war schon seit Einführung der neuen Verfassung im Jahre 1905 die Partei, aus der diese angebliche „Nebenregierung von russischen Sozialisten“ hervorgegangen ist, die stärkste im finnischen Landtag. Es ist die finnische Sozialdemokratie, die außer den städtischen Arbeitern die Masse der Häusler und Kleinbauern hinter sich hat. Daraus erklärt sich ihre Stellung unter ihre Stärke. Diese Partei hat denn auch nach Ausbruch der russischen Revolution im März v. J. die Regierung in Finnland innegehabt und der sozialdemokratische Bauernführer Toivo hat als finnischer Ministerpräsident zuerst die finnische Unabhängigkeit proklamiert. Das brachte ihn in Konflikt mit der damaligen Petersburger Regierung Kerenskis, die den finnischen Landtag gewaltsam auflöste und eine Neuwahl anordnete, die eine kleine Mehrheit der bürgerlichen Parteien in den Landtag brachte. Die Sozialdemokratie erkannte die Rechtmäßigkeit dieser durch russischen Eingriff erzwungenen Landtagsauflösung und Neuwahl nicht an und hielt in der Überzeugung, daß die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor hinter ihr stünde, an ihrem Recht auf die Regierung fest. Die Behauptung, die rote Regierung sei von Rußland entsandt und sei sich aus russischen Sozialisten zusammengesetzt, ist also eine frei erfundene Fabel. Wenn im Anschluß daran die „Nordd. Allg. Zeitung“ behauptet wird, diese Regierung „stülze sich nur auf die Bajonette der roten Garde“, so will das Blatt damit bei ununterrichteten Lesern wohl den Eindruck erwecken, diese roten Garde seien russische Bolschewiken. In Wahrheit sind es die finnischen Arbeiter und Bauern, die mit der russischen roten Garde nur den Namen gemein haben. Daß es sich hier um die breite Masse des finnischen Volkes handelt, wird am besten dadurch bewiesen, daß die rote Partei in dem größten Teil des Landes sich bis jetzt erkundete als die stärkere erwiesen hat.

In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Uhr-Abendblattes“ verfuhr ein Vertreter der weißen Regierung, der zurzeit in Berlin weilende Staatsrat Dr. Hjelt, in gleicher Weise dem deutschen Publikum eine falsche Meinung beizubringen, offenbar in der Absicht, ein einseitiges Eingreifen zugunsten seiner Partei zu rechtfertigen. Er behauptet,

hinter der roten Regierung stünde nur „eine geringe Minorität“ der finnischen Arbeiter, „einige tausend“ Bolschewik, die im Grunde ihr Räuberwesen lieben. Wäre dem so, so müßte es doch der weißen Regierung ein Kinderspiel sein, mit dieser kleinen Minorität fertig zu werden. Das Gegenteil ist richtig. Die weiße Regierung ist eine Minderheitsregierung, die, weil sie im Lande selbst die Mehrheit der Bevölkerung gegen sich hat, sich nicht durchzusetzen vermag und darum nach Hilfe von außen schreit.

Was den Versuch angeht, die Regierung der finnischen Arbeiter und Bauern als eine Mörderbande hinzustellen, die alle erdenklichen Schrecklichkeiten verübe, so sei darauf hingewiesen, daß es General Mannerheim, der Führer der weißen Garde, war, der die Praxis der brutalen Exekution seiner gefangenen Gegner einführte. Neuerdings ist es der Vermittlung schwedischer Sozialisten, unter Führung des Stockholmer Bürgermeisters Dr. Lindhagen, gelungen, Abmachungen zwischen den kämpfenden Parteien zustande zu bringen, wonach beide Teile eine anständige Behandlung der Gefangenen gewährleisten. Die Rote Regierung, die genau denselben politischen Charakter hat wie die deutschseits anerkannte Regierung der Ukraine, tritt ihrerseits gegen jede verbrecherische Ausschreitung aus ihren Reihen entschlossen auf. Sie hat eine Kommission eingesetzt, die nach dem Bericht Lindhagens aus Helfershelfern mit der besonderen Aufgabe betraut ist, „alle Fälle von Gewalttätigkeiten, die von Anarchisten oder einzelnen roten Gardisten, die auf eigene Faust vorgingen, begangen sind, zu untersuchen. Diese Kommission habe alle Täter der in den letzten Tagen an verschiedenen Orten begangenen Totschläge verfolgen lassen und ihre Verhaftung angeordnet“.

Auch die Entfernung russischer Truppen aus Finnland nimmt ihren raschen Fortgang. Wird in dieser Weise gemäß dem Friedensschluß mit Rußland Finnland von russischen Truppen befreit, was nur eine Frage weniger Tage ist, so ist der Kampf in Finnland zu einer rein inneren Angelegenheit des finnischen Volkes geworden. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit wie der politischen Klugheit, das anzuerkennen und daraus die nötigen praktischen Konsequenzen zu ziehen. Jede einseitige Parteinahme, jedes gewaltsame Eingreifen von außen ist zu verurteilen. Wer dem finnischen Volk wohl will, wird versuchen, zwischen den streitenden Parteien eine Verständigung herbeizuführen. Dieser Versuch ist von dem skandinavischen interparlamentarischen Komitee, dem Mitglieder aller Parteien Dänemarks, Norwegens und Schwedens angehören, bereits eingeleitet worden. Auch von deutscher Seite sollte in diesem Sinne gewirkt werden. Das ist der einzige Weg, die gegenwärtigen und die künftigen Interessen des deutschen Volkes zu wahren und die Grundlage für dauernde gute Beziehungen zu der Masse des finnischen Volkes zu legen.

# Politische Wochenschau

## Friedensarbeit

**Der deutsch-russische Zusatz-Vertrag**  
 BERLIN, 10. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht den Wortlaut des deutsch-russischen Zusatzvertrages. Dieser behandelt in zehn Kapiteln folgende Fragen:

1. Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, 2. Wiederherstellung der Staatsverträge, 3. Wiederherstellung der Privatrechte, 4. Ersatz für Zivilschäden, 5. Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, 6. Fürsorge für die Rückwanderer, 7. Amnestie, 8. Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Kauffahrtschiffe und Schiffsladungen, 9. Organisation des Spitzbergen-Archipels, und jetzt ist in den Schlußbestimmungen fest, daß der zweite Zusatzvertrag, soweit darin nicht ein anderes bestimmt ist, gleichzeitig mit dem Friedensvertrag in Kraft tritt.

**Wilson zum Ostfrieden**  
 Bern, 8. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der amerikanische Korrespondent des „Daily Telegraph“ drahtet: Die maßgebende Stelle in Washington erklärt, Herrlings letzte Rede sei ohne Bedeutung, wenn Deutschland die Rußland aufgezungenen Bedingungen wirklich durchführe. In Washington beabsichtigt man nicht, Deutschland zu gestatten, das Eine zu sagen und das Entgegengesetzte zu tun. Deutschlands Borgehen Rußland gegenüber stehe im Widerspruch zu den von Wilson proklamierten und von Deutschland angenommenen Prinzipien. Wilsons Haltung gegenüber Herrling sei am besten folgendermaßen zusammenzufassen: Wenn Deutschland beabsichtige, Rußland von der Anwendung der Wilsonschen Grundzüge auszuschließen, so seien Herrlings Worte nur hohle Phrasen. Wäre hingegen Deutschland bereit, Rußland und die übrige Kriegskarte der Anwendung dieser Prinzipien zu unterstellen, so wird dies als Beweis dafür zu betrachten sein, daß die Zentralmächte zur Schaffung einer Basis für einen allgemeinen Dauerfrieden bereit seien.

**Flanderns Selbständigkeit**  
 Der Generalgouverneur Belgiens, Generaloberst Freiherr von Falkenhayn, hat in einer Ansprache an die Bevollmächtigten des Rates von Flandern erklärt, daß Deutschland auch weiterhin die Bestrebungen nach einem freien Flandern mit aller Kraft unterstützen werde. Die Mittel, durch die Flanderns Selbständigkeit gesichert werden könne, ließen sich aber nicht schon jetzt bestimmen; das müsse vielmehr den Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben. Flanderns Selbständigkeit müsse in erster Reihe Sache des välmischen Volkes sein.

## Deutschland Reichstag

Am 12. März stand im Reichstag der Entwurf über die Zusammenlegung des Reichstages und Einführung der Verhältnismahl zur Verhandlung. Genosse Gradnauer führte hierzu aus:

Die Vorlage bringt zum erstenmal eine einschneidende Änderung des Reichstagswahlrechts und ist zweifellos von großer Tragweite in politischer Beziehung. Ich kann sie aber nicht so günstig beurteilen wie mein Vorgesetzter. Der Staatssekretär hat die Vorlage sehr nüchtern eingeleitet. In höheren Tönen sprach im vorigen Jahre Dr. Helfferich über die Absicht der Reichsleitung. Er sagte, der geplante Ausbau solle die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder des deutschen Volkes sichern. Ich kann wahrlich nicht anerkennen, daß diesen löblichen Worten die jetzige Vorlage auch nur annähernd gerecht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine wirklich groß angelegte Reform bekommen wir eine Teilreform, die besetzt ist mit einer Fülle sehr fragwürdiger Bestimmungen. Wir haben die Ungerechtigkeit der Wahlkreisverteilung oft genug aufgedeckt und haben auch die Verhältnismahl seit langem gefordert. Insofern bedeutet die Vorlage einen Erfolg unserer vieljährigen Bemühungen. Leider weist sie aber einen überaus zweifelhafte Charakter auf. Einen guten und gerechten Grundgedanken bringt sie in einer solchen Form zum Ausdruck, daß wir das Ganze nur als sehr unzureichend und unbefriedigend bezeichnen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine allgemeine Reform wäre durchaus möglich. Man sagt, mitten im Kriege dürfe man keine großen Parteikämpfe hervorruhen. Aber daselbe haben wir in Preußen immer gehabt und schließlich ist man auch dort zu einer besseren Erkenntnis gekommen. Gerade jetzt nach dem großen Erlebnis dieses Weltkrieges wäre es eine Pflicht der Reichsleitung und des Reichstags, die volle Gleichberechtigung der deutschen Staatsbürger auch auf dem Gebiete des Reichstagswahlrechts zur Durchführung zu bringen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

England hat im Kriege eine Wahlreform großen Stils, die auch 6 Millionen der westlichen Bevölkerung des Wahlrecht brachte, durchgeführt.

(Hört! Hört!) Durch die Vorlage aber bleibt der pluralistische Charakter der Reichstagswahlkreisverteilung, der durch die immer wachsende Ungleichheit der Bevölkerungszahl in den Wahlkreisen entstanden ist, auch in Zukunft in großem Umfange erhalten. Berlin, das an Umfang so groß ist wie die Provinz Ostpreußen, wird nach dem neuen Gesetz nur 10 Abgeordnete in den Reichstag entsenden können, die Provinz Ostpreußen dagegen 17. (Hört! Hört!) 277 Wahlkreise bleiben unter dem Durchschnitt von 165 500, 62 davon haben sogar weniger als 100 000 Einwohner. Ein Wahlkreis wie Teltow, mit einer Einwohnerzahl von 1 315 000 erhält in Zukunft 7 Mandate; aber ebenso 7 Mandate bekommt auch der Regierungsbezirk Stettin mit nur 869 000 Einwohnern. Die Einwohner vor den Toren Münchens in einem sogenannten Restwahlkreis haben das zwei- bis dreifache Wahlrecht wie die Einwohner Münchens selbst. (Hört! Hört!) Die Münchener haben nur daselbe Wahlrecht wie die drei Wahlkreise, in denen die Hauptführer der Konserativen gewählt sind. (Hört! Hört!) Das Proportionalwahlrecht wird die Vorlage nicht etwa als gutes und gerechtes Prinzip, sondern lediglich als politisches Aushilfsmittel.

Die ganze Art, wie Sie die Verhältnismahl nur für einen Teil der Großstädte einführt, hat offensichtlich eine Spitze gegen die Arbeiterklasse. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das wird ganz offensichtlich in der Begründung ausgebeutet. So ist die Vorlage stark mit parteipolitischen Absichten belastet. Der tendenziöse Einschlag der Vorlage geht schon daraus hervor, daß die Verhältnismahl in einer Weise eingeführt ist, die ihrem eigentlichen Zweck durchaus widerspricht, der dahingeht, daß die Minderheiten restlos erfasst werden. Nach der Vorlage sollen sehr erhebliche Minderheiten aus, die unter Umständen, wenn z. B. 5 Parteien in einem Wahlkreis vorhanden sind, insgesamt die Mehrheit darstellen können und die sicherlich in allen Fällen weit größer sind, als die Mehrheiten in kleineren Wahlkreisen. Wenn solche Minderheiten sich zusammenschließen, so kommt es

# Kriegsnachrichten

## Die Lage im Westen

Espricht Hermann Stegemann im Berner Bund. Er sagt: „Die Entwicklung scheint, wenn man die ungeheure Spannung in Betracht zieht, mit der in diesen Tagen und Wochen jeder-mann den kommenden Dingen entgegenblickt. Sieht man aber von dieser psychologischen Zeitbewegung ab, so kommt zu dem Ergebnis, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Und wenn in wenigen Wochen große Operationen beginnen und bis dahin keine Brüche der Verständigung zwischen den feindlichen Völkern geschehen ist, wird man mit Schrecken inne werden, wie schnell sich diese Eulenspiegel vollzogen hat und wie enorm die militärischen Vorbereitungen waren, die sich in diesen Tagen vollzogen. Die gewaltigen Erdbeben und zahlreichen Störungsversuche im Westen nehmen inzwischen ihren Fortgang. Koch ist der Augenblick der erwarteten großen Offensive nicht gekommen. Aber jeder Tag, der hinter uns verfließt, bringt uns näher und verdrängt die Zeit, die sich zur Herbeiführung eines allgemeinen Friedens aus dem Zusammenstoß ergibt, den wir trotz der scheinbar schleichenden Entwicklung als bald verkündet sehen werden.“

## Neue Vertagung des Jaures-Prozesses?

Genf, 10. März. („Berl. Tagebl.“) Die Pariser Staatsanwaltschaft unternimmt Anstrengungen, um eine neue Vertagung des Prozesses gegen den Mörder Jaures durchzusetzen. Es scheint, als ob das Drama der französischen Sozialdemokratie nie ein Ende finden soll. Die herrschenden Klassen Frankreichs haben bei der Stellungnahme der französischen Sozialisten auch gar kein Interesse an der Entschleierung der Ermordung des großen Sozialistenführers.

## Clemenceaus harter Kriegswille

Paris, 8. März. Kammer. In Beantwortung von Interpellationen über Verantwortlichkeiten und Hoffnungen aus Anlaß der Verhandlungen über den Zusatz-Vertrag lagte Clemenceau, dem die konservativen Abgeordneten hatten, daß er eine gewisse Strafkammer zu errichten habe, er habe von ersten Tage an versprochen, die Strafkammer zu errichten, was die Kammer angenommen habe. Clemenceau, der fortwährend die Idee einer republikanischen Regierung und welche jeder staatsrechtlichen Grundzüge verweigert. Der erste Grundzug ist der Freiheit, der zweite der des Krieges und der, daß man den Krieg als einen Kampf, um den Triumph Frankreichs sicherzustellen. (Hört! Hört!) Er sagte, daß man hier die Fälle von Verbrechen betrachten muß, die sich im Laufe des Krieges ereignet haben. Er sagte, daß man hier die Fälle von Verbrechen betrachten muß, die sich im Laufe des Krieges ereignet haben. Er sagte, daß man hier die Fälle von Verbrechen betrachten muß, die sich im Laufe des Krieges ereignet haben.

wird, wie sie sich am Ende jedes Krieges zeigt. Ein großes Volk der Orientes, das in Jahrhunderten des Krieges erprobt ist, hat den Satz gefunden, daß derjenige Sieger ist, der eine Viertelstunde länger als der Gegner an seinen Sieg zu glauben vermag. Das ist auch mein Grundsatz. Man sagt, es tue uns ein möglichst baldiger Friede not. Ich wünsche den Frieden, ich würde ein Verbrecher sein, wenn ich anders dachte, aber durch Bösen nach dem Frieden bringt man den preußischen Militarismus nicht zum Schweigen. (Gebärdeter Beifall auf vielen Bänken.) Mein Wahlspruch ist: Selbst überall in der inneren Politik führe ich Krieg. In der äußeren Politik führe ich Krieg. (Beifall.) Ich lasse mich nicht zurückhalten im Vertrauen mit untern Verbündeten. Rußland hat uns verraten. Ich jahre fort, Krieg zu führen und werde fortfahren bis zur letzten Viertelstunde, denn die letzte Viertelstunde wird uns gehören. Alle Welt denkt es und wünscht es. Darin sind wir einig. Zu den Sozialisten gewandt, sagte Clemenceau hinzu: Ich verstehe, daß einige unter Ihnen vor dem Kriege als Ueberdieser auf eine bevorstehende allgemeine Erleuchtung hoffen konnten und dachten, daß man sich jenseits des Rheins ihnen anschließen würde. Ich gehörte nicht zu den Ihrigen, aber ich verstehe, daß Sie hoffen, daß die heroische Unerschlichkeit Ihres Idealismus angedeutet werden würde. Das ist nicht geschehen. Es würde ein Fehler sein, heute den Versuch zu erneuern, der durch die Taten des ja ganzam blöggelacht worden ist. Ich habe es am ersten Tage gesagt, daß die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen würde und sie wird es. Wir werden bis am Ende gehen in der Erfüllung der Aufgabe, die nicht weniger schwierig ist wie die unterer Soldaten. Nichts wird uns aufhalten, nichts uns beugen.

Die Kammer nahm darauf mit 400 gegen 75 Stimmen die Verneinungsentscheidung Bedenke an, die befragt: Die Kammer vertritt die Regierung, billigt ihre Erklärungen und geht zur Tagesordnung über.

Selbst der „Vorwärts“, der leider zum Ostfrieden noch immer keinen festen Standpunkt finden kann, schreibt hierzu:

Die Stimmung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie stand in der letzten Zeit vornehmlich unter dem Eindruck des russischen Friedensvertrages. Die Anherablassung der von uns geforderten Grundzüge beim Friedensschluß hatte berechtigten Anmut ausgelöst und Stimmen wie die der Genossen Wendel und Kampffmeyer haben in dem Frieden von Brest-Litowsk eine Laffache, die eine grundsätzliche Veränderung unterer politischen Gesamthaltung nach sich ziehen müsse.

Die Rede Clemenceaus gemahnt uns daran, daß wir unsere Politik nicht rein östlich orientieren können. Sie gemahnt uns, daß im Westen noch immer ein Feind steht, dessen Kriegswille nicht nur ungebrochen, sondern der noch in der letzten Zeit gesteigert ist. Ein Feind, der den Sieg über Deutschland als einziges Ziel vor Augen hat und an diesen Sieg wie an ein Dogma glaubt. Mögen wir aus Deutschlands militärische Lage vorstellbar wie wir wollen — die Laffache, daß die westliche Entente ihr Ziel noch lange nicht verloren gibt und ihrerseits von ihrem schließlichen Sieg überzeugt ist, zeigt, daß die Frage „Angriffs- oder Verteidigungskrieg?“ auch heute sehr verwickelt liegt.

**Arbeiter und Parteigenossen!  
 Agitiert für die Volkswacht**

Praktische sozialdemokratische Arbeit in den Parlamenten

Die letzten von uns veröffentlichten Reichstagsreden der Genossen Scheidemann und Vandenberg beweisen zur Genüge die Notwendigkeit sozialdemokratischer Parlamentsarbeit. Aber nicht nur im Reichstage wird von unserer Fraktion praktische Gegenwartsarbeit im Interesse der Allgemeinheit unter besonderer Berücksichtigung der Interessen des Proletariats geleistet. Dasselbe geschieht auch in allen anderen Parlamenten. Dafür bieten uns die Reden der Genossen Braun und Beinert im Preussischen Abgeordnetenhaus einen treffenden Beweis. Genosse Otto Braun sprach am 6. März über die

Polenfrage.

Er führte aus:

Abg. Otto Braun (Soz.): Es handelt sich hier um einen politischen Akt, und die Folge ist, daß der Gewinn für die Volkswirtschaft, aus der Tätigkeit der Anstiehungskommission entspringt, in keinem Verhältnis steht zu den aufgewandten großen Mitteln. Zur Begründung dieses mehr nationalpolitischen Charakters des Etats verweist man auf die Notwendigkeit, das Deutschtum in den Ostmarken zu schützen und zu härten.

Es berührt eigenartig, daß etwa 70 Millionen Deutsche sich derartiger Mittel bedienen müssen, um sich gegen etwa 3 1/2 Millionen Polen zu schützen.

Richtig ist allerdings, daß in einzelnen Bezirken die Polen in der Übermacht sind und auch recht aggressiv gegen das deutsche Element auftreten. Aber hier liegt jedenfalls eine Wechselwirkung vor. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch in diesen Bezirken befinden sich die polnischen Teile in der Abwehr, da hinter den preussischen Elementen die ganze Macht des preussischen Staates steht. Und die Politik, die Preußen betreibt, läuft doch letzten Endes darauf hinaus, die polnisch sprechenden Elemente aus diesen Kreisen zu verdrängen. (Sehr richtig!)

Ein solche Politik kann natürlich niemals zur Verständigung und zur Milderung der Gegensätze führen.

Die Anstiehungskommission hat mit ihren Bestrebungen nur einen ganz winzigen Erfolg erzielt. Denn in dem letzten Jahreshaushalt hat sich die deutsche Bevölkerung in jenen Provinzen um 4,5 die polnische um 4,4 Prozent vermehrt.

Dieser Gewinn steht in keinem Verhältnis zu den aufgewandten Millionen und der Ansammlung von Verblüffung und Verärgerung, die diese Politik bei den Polen hervorgerufen hat.

(Sehr wahr! bei den Polen und Soz.) Bei einer Fortsetzung, der auf die Verdrängung der Polen gerichteten Politik ist eine Verständigung mit den Polen ausgeschlossen. Das hiesige, mit dem preussischen Schlüssel den polnischen Herzensschmerz aufzuschließen wollen. Diese Politik muß vielmehr rastlos aufgegeben werden. Vor dem Kriege war die Masse der polnischen Bevölkerung zweifellos zur Verständigung bereit. Bei Beginn des Krieges kam man zunächst der preussischen Regierung und Bevölkerung mit einem gewissen Vertrauen entgegen. Aber dies Vertrauen wurde mit offenem Messer von deutscher Seite beantwortet; die Polen wurden lediglich mit Versprechungen abgespeist. Jetzt endlich will man ernst machen mit der Aufhebung des Enteignungsgesetzes, aber offenbar nur, weil man zur Erkenntnis gekommen ist, daß dies Gesetz ein Mißgriff war.

Es hat sich in Wahrheit als Hilfsaktion für halbstarke polnische Großgrundbesitzer herausgestellt.

(Sehr wahr! bei den Soz.) In dieser Aufhebung kann also die polnische Bevölkerung kein Entgegenkommen erblicken, zumal der § 13b des Anstiehungsgesetzes aufrecht erhalten wird, mit dem man es dem polnischen Bauer unmöglich machen kann, sich auf eigenem Grund und Boden ein schützendes Dach zu bauen und zumal man es ablehnt, polnischen Anwohnern die Wohlfahrt des Gesetzes betr. die Anstiehung von Kriegsteilnehmern im gleichen Maße zugute kommen zu lassen.

Hat doch der Landwirtschaftsminister in einer Kommission des Herrenhauses erklärt, die Anstiehungskommission werde wie bisher den deutschen Anwohnern zu erheblich günstigeren Bedingungen als polnischen Kriegsbeschädigten Anstiehungsmöglichkeit verschaffen.

(Hört! Hört!) Also die Männer, die gemeinlich im Schützengraben gestanden haben, sollen wenn sie nach Hause kommen, wieder verschieden bemerkt werden. (Hört! Hört!) Ein Mitglied des Herrenhauses, das lange in einem rein polnischen

Reise gelebt hat, hat in der Kommission bestätigt, daß die Polen bei der Mobilmachung und während des Krieges alle ihre Pflichten getan haben, er wisse nicht, wie er ihnen mit einer solchen Ausnahmebestimmung gegenüberstellen könne. (Hört! Hört!) Es ist ein Fehler der ganzen preussischen Polenpolitik, daß sie diese Umponderabilien nicht beachtet. Man will zwar gestatten, daß der Religionsunterricht in Zukunft in polnischer Sprache erteilt werde. Aber wenn der Unterricht in Religion nur polnisch erteilt werden kann, trifft das natürlich für den gesamten Schulanterricht ebenso zu. Am besten wäre es, man lehre die Polen auch deutsch sprechen und die Deutschen auch polnisch sprechen. Das würde zu ihrem wirtschaftlichen Fortkommen sehr viel beitragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Behandlung der polnischen Saisonarbeiter als rechtlose Klasse trägt nicht zu Veröhnung der Polen bei. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auf diese Weise sieht man die Polen von Preußen ab und erhöht die Anziehungskraft des neueröffneten polnischen Staates. Man besorgt damit die Geschäfte der extremen Expansionspolitik auf polnischer Seite und die Geschäfte der Entente, die, als die Polen noch für den Nationalismus kämpften, an ein selbständiges Polen nicht gedacht hat und jetzt lediglich die Polen als Werkzeug gegen die Mittelmächte benutzen will. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn nicht eine aggressive Irredenta in den polnischen Landesteilen unausbleiblich sein soll, muß die preussische Polenpolitik von Grund auf geändert werden. Herr Wolff-Sorck meinte, mit allem Entgegenkommen werde man die Polen mit dem preussischen Regime nicht ausöhnen. Allerdings, mit diesem preussischen Regime nicht. Daß man die bisherige Nationalpolitik fortsetzen will, beweist auch die Absicht, das Proportionalwahlrecht in den polnisch sprechenden Provinzen einzuführen, eine Maßnahme, die sich naturgemäß gegen die Polen richtet. Entweder man führt einen extrem schärfen Kampf gegen das Polentum, was ich für sehr verheerlich halten würde, oder man treibt tatsächliche Versöhnungspolitik, darf aber dann nicht bei Halbheiten und Versprechungen stehen bleiben. Der unheilvolle Einfluß des Fatalismus muß gebrochen werden.

Alle Ausnahmegeetze und Verwaltungsmassregeln gegen die Polen muß man rastlos aufheben. Räume man den Polen gleiche Rechte und gleiche wirtschaftliche und politische Betätigung ein. Nur so kann man ihr Vertrauen gewinnen. (Beifall bei den Polen und Soz.)

Am 7. März sprach Genosse Beinert über: Verkehrspolitik und Sozialdemokratie.

Wir lassen seine Rede nachstehend ausführlich folgen:

Von der geplanten Erhöhung der Personentarife haben wir lediglich durch die Verhandlung des Eisenbahntrats erfahren. Solche Erhöhungen müssen künftig durch Gesetz festgelegt werden. Wenn es uns der Finanzminister nicht gesagt hätte, hätten wir gar nichts gewußt, daß die Einnahmen aus der Personentarifserhöhung in den Etat eingeleitet sind. Die Ausgaben der Eisenbahnverwaltung sind in den letzten Jahren enorm gestiegen, so z. B. die Preise für Kohlen um 127 Prozent, Preise für Schienen um 68 Prozent, für Holzschwellen um 85 Prozent, Lokomotiven sind um 67 Prozent teurer geworden, Personenzüge um 76 Prozent, Güterwagen um 97 Prozent, teilweise sogar um 109 Prozent. Ich führe die Zahlen aus einem besonderen Grunde an. Als die Arbeiter in den Lokomotiv- und Waggonfabriken feinerseits Aufträge auf Lohnerhöhung stellten, wurde ihnen entgegengehalten, die Eisenbahnverwaltung habe erklart, daß

nur 8 Prozent mehr für Löhne

ausgegeben werden dürften, und habe die Preise für Lokomotiven und Waggons nicht erhöht. (Hört! Hört!) Angesichts der tatsächlich bezahlten höheren Preise wäre es nun Sache der Eisenbahnverwaltung, darauf zu dringen, daß die Löhne in diesen Fabriken auch entsprechend erhöht werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Tat aber ist der Eisenbahnminister umgekehrt am Werke, dahin zu wirken, daß die Löhne in der Rüstungsindustrie herabgesetzt werden, nur damit die Löhne der Eisenbahnverwaltung nicht höher steigen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat der Eisenbahnminister uns sein Reformprogramm für die Zeit nach dem Kriege vorgebracht. In gewisser Weise lehnt er sich an die Forderungen des früheren Ministerialdirektors Kirchhoff an, geht aber lange nicht weit genug. Die erste Klasse soll in D-Zügen mit Ausnahme der internationalen D-Züge abgeschafft werden, so daß etwa nur noch 25 Prozent der D-Züge die 1. Klasse haben werden. Da aber Süddeutschland damit nicht einverstanden ist, müssen die Züge in Süddeutschland mit 1., 2. und 3. Klasse fahren.

Dieser Widerstand der kleinen Eisenbahnverwaltungen gegen die Notwendigkeiten der großen preussischen Verwaltung beweist, wie dringend geboten es ist, endlich zur Reichsbahnüberzuehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die 1. Klasse unrentabel ist, ist längst erwiesen. Von zwei Abteilen ist immer nur ein Abteil besetzt. Es ist aber wirtschaftlich verkehrt, wenn man auch nach dem Kriege die D-Züge, die 1. und 2. Klasse führen, beibehalten will. Das bedeutet eine große Benachteiligung der Reisenden 3. Klasse. (Sehr richtig!) Wir wünschen ferner, daß auch

in die D-Züge Wagen 4. Klasse eingestellt werden. Jetzt will man einige Sitzzüge mit 4. Klasse fahren lassen, aber nur nachts. Wir sind überzeugt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Eisenbahnverwaltungen zwingen werden, in den Reformen halb erheblich weiter zu gehen. In der 4. Klasse müßte man den Jahrgängen noch immer zu, mit einem Stehplatz vorlieb zu nehmen. Nur bei dem Eisenlehrer in der 4. Klasse sollen die Fahrgäste Anspruch auf einen Sitzplatz haben. Notwendig wäre auch die Einführung von Schlafwagen. Als ferner, die Erleichterung des Verkehrs durch Sonntagsfahrten und Altimeterfahrten. Die Verkehrserschwerungen sind leider noch immer im Steigen. Soweit sie mit Kriegsnotwendigkeiten zusammenhängen, nimmt sie die Bevölkerung ruhig in Kauf. Große Mitleidenschaft herrscht aber über die Beschränkung des Sonntagsverkehrs. (Sehr wahr!) Unerhört ist die Erhebung des doppelten Fahrpreises für D-Züge. (Sehr richtig!) Es muß auch den weniger Bemittelten Gelegenheiten gegeben werden, die D-Züge zu benutzen. Die notwendigen Bauten der Eisenbahnverwaltung sollten so in Angriff genommen werden, daß die zurückkehrenden Krieger dabei beschäftigt werden können. Die Unternehmer, mit denen die Verwaltung Verträge abschließt, müssen unbedingt verpflichtet werden, bestehende Tarifverträge einzuhalten. (Sehr richtig!) Der Vertrag über die

Vergebung der Eisenbahnreflektoren am Reimar Hobbing hätte unbedingt dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden müssen. (Sehr richtig!) Der Vertrag hat nicht nur eine fiskalische, sondern auch eine politische Seite. Reimar Hobbing hat bekanntlich seit dem 1. Januar die Norddeutsche Allgemeine Zeitung übernommen; fast alle amtlichen Druckachen werden ihm übergeben. Außerdem stellt der Verlag auch die meisten Druckachen der Alideutschen her. Es gibt Leute, die meinen, daß mit diesem Monopolvertrag das Defizit der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gedeckt werden soll. (Hört! Hört!) So groß dürfte das Defizit aber kaum sein. Bezeichnend ist, daß dem Verlag das alleinige Recht vorbehalten ist, Druckachen in die Eisenbahnhänge zu legen. Da werden wir es wahrheitsgemäß erleben, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mit einer Unmasse von Inzeraten unter Vermittlung der „Ma“ an die Reisenden in den D-Zügen verteilt wird. Das wird ein glänzendes Geschäft für den Verlag sein, der ohnehin bei seinen allzeitigen Schritten von der Papiernot nichts zu spüren scheint. 50 Prozent von den Kohlenannahmen soll der Verlag an die Eisenbahnverwaltung abgeben. Aber was wird unter Kohlenannahmen verstanden? Nach dem Vertrag gehen davon ab alle Ausgaben, die entfallen für die Anbringung der Reflektoren, für die Herstellung der Reflektoren, für Provisionen, die der Verleger bekommt, und ähnliches. Dieser Vertrag bedeutet eine maßlose Ausbeutung derjenigen, die gezwungen sind, Eisenbahnreflektoren zu liefern. (Sehr richtig!) Der Minister meinte, er denke bezüglich dieses Vertrages ganz fiskalisch. Es ist aber nicht einzu- sehen, warum die Verwaltung einem Unternehmer Millionen verdienen läßt an einem Unternehmen, das sie selbst betreiben könnte. Wenn der Minister auf die Möglichkeit hinwies, daß der Verleger Rüstern für die Reflektoren Beschäftigung geben werde, so beschränkt wir weit eher eine Ausbeutung der Rüstern. Sehr unvorsichtig ist die Abschließung des Vertrages auf 15 Jahre. Hoffentlich ist es noch möglich, den Vertrag zu lösen, bei dem zweifellos die Interessen der Eisenbahnverwaltung nicht genügend gewahrt sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das Volksurteil von Nieder-Barnim

Berlin, 14. März. Die heutige Reichstagserversammlung in Niederbarnim dürfte Stimmwahl zwischen dem Sozialdemokraten Wiffel, der bisher 23 394 Stimmen erhielt und dem unabhängigen Sozialisten Breitscheid mit 15 809 Stimmen ergeben. Der nationalliberale Stadtschultheiß Morethy erhielt 5906, der freisinnige Eisenbahnbeamte Hoffmann 5200, der konservative Amtsvorsteher Kuehn 2710. Kleinere Orte stehen noch aus, doch wird das Ergebnis dadurch nicht geändert werden.

Vor 70 Jahren

Ein Gedenkblatt zum 18. März.

Der Sieg der französischen Revolution am 24. Februar 1848 zog seine Wellenkreise auch in Deutschland. Eine furchtbare Erregung bemächtigte sich des ganzen Volkes. Was in Paris möglich gemacht war, sollte in den deutschen Staaten nicht unmöglich sein. Fast in allen Hauptstädten der deutschen Staaten kam es zu Aufständen. In Berlin wurden bereits in der zweiten Märzwoche zahlreiche Volksversammlungen abgehalten, an denen sich namentlich das große Heer der Arbeitssolcher zahlreich beteiligte. Auch ging man an, den Bau von Barrikaden vorzubereiten. Durch alle diese Vorkommnisse sah sich Friedrich Wilhelm IV. veranlaßt, den Landtag auf den 27. April einzuberufen. Dabei wurde in Aussicht gestellt, daß dieser Landtag berufen sei, die konstitutionellen Freiheiten auszubauen. Aber diese Frist dauerte dem Volke so lange und so mußte sich der König wohl oder übel entschließen durch eine Verordnung vom Vormittag des 18. März, die Eröffnung des Landtages bereits auf den 2. April festzusetzen. Deutsche Fragen sollten hauptsächlich behandelt werden, die Umwandlung Deutschlands in einen Bundesstaat, die deutsche Wehrreform, Freizügigkeit, Pressefreiheit, gleiches Maß und Gewicht und dergleichen Dinge mehr.

Scharfrenn über diese so lange und heiß begehrten Zugeständnisse zog das Volk in hellen Haufen vor das königliche Schloß, um dem König eine Dankeskundgebung darzubringen. Man fand aber das Schloß militärisch besetzt. Das reizte einen großen Teil des Volkes und während die einen Hochs auf den König ausbrachten, forderien die anderen mit lauter Stimme die Entfernung des Militärs. Der Tumult wurde immer größer, die Volksansammlung gewaltiger. Schließlich mußte das Militär den Schloßplatz säubern. Es fand aber Widerstand bei dem Volke und nun fielen mit einemmal die beiden bekannten Schüsse. Wer sie abgefeuert hat wer den Befehl dazu gab, ist nie ermittelt worden. Aber nun bemächtigte sich eine furchtbare Aufregung des ganzen Volkes. Es erscholl der Ruf: „Wir sind verraten! Zu den Waffen!“ Barrikaden wuchsen wie Pilze aus der Erde. Um

drei Uhr nachmittags begann der Kampf. Zwar waren die Truppen den Barrikadentämpfern überlegen, aber wo eine Barrikade erstürmt war, entstanden sofort mehrere neue. Das aufgeregte Volk wurde nicht müde, den ungleichen Kampf immer wieder von neuem aufzunehmen. So wogten die Straßenschlachten auf und nieder bis zum frühen Morgen des anderen Tages. Schließlich aber wurden die Truppen eher ermüdet, als das sich selbst immer wieder sammelnde und ergänzende Volk. So gab denn endlich am 19. März morgens 2 Uhr der König den Befehl, die Truppen zurückzuziehen. Gleichzeitig ertösch er den bekannten Ausruf: „An meine lieben Berliner!“

Die demokratische Bewegung hatte damit einen Riesenerfolg erzielt. Von den Gefallenen wurden mehrere auf offenen Bahnen in den Schloßhof getragen und der König mußte dazu auf dem Balkon erscheinen. Nachmittags um 2 Uhr wurde verkündigt, daß das alte Ministerium entlassen und ein neues, liberales an seine Stelle getreten sei. Am 20. März wurde eine allgemeine Amnestie erlassen und am 22. März wurden die Opfer der Kämpfe vom 18. März nach dem Friedrichshain zur letzten Ruhe geleitet. Den schier endlosen, mehr denn 180 Särge umfassenden Leichenzug mußte sich der König vom Balkon aus mit ansehen. Die große Masse der Gefallenen waren Handwerksgehilfen, Arbeiter, Handlungsgehilfen, Lehrlinge usw. Von 33 konnten die Personalien nicht festgestellt werden. Sie gehörten also wohl der untersten Schicht der Bevölkerung an. Das arbeitende Volk hat es sich nicht nehmen lassen, das Andenken dieser für die Freiheit Gefallenen zu ehren. Alljährlich werden die wohlgehaltenen Gräber der Märzgefallenen mit Blumen und Kränzen geschmückt. Maurenbrecher schreibt in seiner „Hohenzollern-Legende“:

„Daum hat die Arbeiterklasse ein geschichtliches Recht, diesen 18. März als ihre Jugendweihe, als ihr Frühlingsfest zu begehen, um so mehr, je mehr die Bourgeoisie verlernt, die Kämpfer des 18. März als ihr eigenes Geschlecht zu begreifen. Hat sie doch auch sofort sich bemüht, der Arbeiterklasse die Früchte des Sieges wieder zu entreißen.“ Die Arbeiterklasse war damals noch nicht organisiert und so mußte sie die Wahrung der erworbenen Rechte dem Bürgertum überlassen. Aber dies erwies sich als ein schlechter Hüter. Zwar verhängten der König und das neue Ministerium in einem Ausruf: „An mein Volk und an die Deutsche Nation!“ Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Ab-

wendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Ständeversammlung über die Wiebergebur und Gründung eines neuen Deutschlands beraten, eines einigen, nicht einformigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit. Allgemeine Einführung wahrer konstitutioneller Verfassungen mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volkstümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen imstande sein.“

Aber was wurde von diesen schönen Versprechungen in die Tat umgesetzt? In Preußen wurde das berüchtigte Dreiklassenwahlrecht ungeschädigt von oben herunter eingeführt, ein Wahlrecht, unter dessen Last wir noch heute seufzen. Trotzdem hätte das Bürgertum auch mit diesem Wahlrecht die Errungenschaften des 18. März hüten, bewahren und erweitern können. Aber es verweigerte. Schon 1849 mußte es, indem es sich von den Wahlen entzieht, daß der Landtag ein agrarisch-reaktionäres Gepräge und den Spottnamen „Landratskammer“ erhielt. Immer mehr wurden die unter Blutopfern errungenen Freiheiten eingeschränkt und beseitigt. Schon im September 1848 konnte man es wagen in Köln alle politischen und sozialen Zwecken dienenden Vereine aufzuheben und die unter der Leitung von Karl Marx stehende neue rheinische Zeitung und andere Arbeiterblätter zu verbieten, sowie andere scharf eingreifende Maßregeln anzuordnen. Um die 1848 versprochene „wahrhaft volkstümliche, freisinnige Verwaltung“ muß heute nach 70 Jahren noch gekämpft werden.

Ob es jetzt endlich gelingen wird, das Dreiklassenwahlrecht durch das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht zu ersetzen, ist trotz der kaiserlichen Bottschaften immer noch nicht sicher. Aber der 18. März möge das arbeitende Volk daran erinnern und mahnen, daß es nicht nur die Pflicht hat, das Vaterland mit Gut und Blut gegen äußere Feinde zu verteidigen, sondern daß ihm auch die Pflicht obliegt, für sich und seine Nachkommen die schon viel zu lange vorenthaltenen Rechte zu erringen und zwar mit allen zu Gebote stehenden Kräften. Das vornehmste dieser Rechte aber ist ein zeitgemäßes preussisches Wahlrecht, dessen Verwirklichung weder verhindert, noch verschleppt werden darf.



Die Versammlung beschloß, sich weiter mit einem Antrag des Vorstandes an die Stadtverordnetenversammlung auf Verberung des Kommunalwahlrechts und der Abstammungsbezirke. Wir geben diesen Antrag an anderer Stelle unseres Blattes wieder. Die Versammlung nahm nach kurzer Debatte den Antrag einstimmig an.

### Gegen das gleiche Wahlrecht

richtet sich ein längerer Aufsatz der konservativen Landtagsabgeordneten Westpreußens, den die „Danziger Allgemeine Zeitung“ in ihrer Dienstnummer an der Spitze des Blattes veröffentlicht. Etwas sonst noch Bemerkenswertes enthält die Rundgebung nicht. Sie wärmt nur alte konservative Lehren auf, die kein moderner Mensch ernst nimmt.

### Gleiche Ursachen — gleiche Wirkungen.

Der Genfer Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ meldet folgende interessante Begebenheit:

In Lyon begann der Kongreß sämtlicher französischer Organisationskriegsverleter und früherer Kriegsteilnehmer. 250 Delegierte vertraten 28 500 Mitglieder. Die erste Sitzung nahm eine Resolution an, die einen raschen Frieden auf der Grundlage der Wilsonbotschaft verlangt.

Der Bund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer hielt am 9. März im Gemeindefaule eine öffentliche Versammlung ab, in der Arbeitersekretär N. Japeli einen Vortrag über die Notwendigkeit der Reform des Mannschafsvorsorgengesetzes hielt. Der günstig aufgenommene Vortrag war mit bezeichnenden Beispielen aus der Praxis des Redners versehen.

Daß den Kriegsbeschädigten nicht immer freundlich entgegengekommen wird, zeigte die recht rege Aussprache der zahlreich Versammelten. Die Abweisung Kriegsbeschädigter von Bureaustellen, die vergebliche Suche nach Ärzten bei den jetzt häufigeren Erkrankungen, die Verkehrsschwierigkeit für die Verletzten auf Vorort- und Straßenbahn, sind Dinge, deren Abstellung erstrebt wird. Das unschöne Verhalten einiger Vorgesetzter von Kriegsbeschädigten forderte herbe Kritik hervor; z. B. wurde einem Verletzten, als er um leichtere Arbeit bat, gesagt: „Na, die Kriegsbeschädigten wollen in Watte eingepackt werden“.

Vorsitzender Grafmann berichtete über den Erfolg der Einigungsverhandlungen des Bundes deutscher Kriegsbeschädigter. Etz Hamburg, Vereins erblindeter Kriegsteilnehmer E. B., Hamburg, Vereins der Kriegsbeschädigten Riels und Umgebung mit dem Bund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer. Der Gau Südbestdeutschland mit 3000 Mitgliedern ist aus dem Essener Verband ausgetreten. Der Gau erstreckt ebenfalls Anschluß an die Einheitsorganisation. Auch ganze Ortsgruppen seien zu unserem Bunde übergetreten. Mitgeteilt wurde noch, daß auf Vorschlag des Bundes Herr Bruno Schmidt in den Arbeitsausschuß des Versorgungsausschusses für Kriegsinvaliden in der Provinz Westpreußen im Februar gewählt wurde.

Der Nationale Frauendienst veranstaltet am Mittwoch den 20. März in der Aula der Petri-Schule, Hansplatz, seine letzten Festerstunden.

Herr Stadtrat Dr. Grünspan wird unter Vorführung von Lichtbildern über die Bedeutung der „Säuglingsfürsorge für Deutschlands Zukunft“ sprechen. Alle Frauen und Mädchen, die mit Kinderpflege zu tun haben, werden Gelegenheit finden, ihre Kenntnisse zu bereichern. Gefangensvorträge von Fräulein S. Ruckstinath und heitere Vorträge von Herrn Rudolf Löwenstein verschönern den Abend, der mit den beliebten turnerischen Glatzeisungen der Jugendabteilung der Mädchenschule Langgarten seinen Abschluß finden soll.

### Ein Verbrechen an unschuldigen Kindern

Der landwirtschaftliche Verein Straßin-Frangschin, dessen christlich-germanische Mitglieder in der näheren Umgebung Danzigs im herrlichen Rabanetal angelesen sind, sah in seiner letzten Versammlung auf Antrag des Rittergutsbesizers von Ries-Klein-Waczmirz einstimmig folgende Beschlüsse:

1. alle anderen Vereine der Provinz aufzufordern, grundsätzlich für ihre Mitglieder die Aufnahme von Kindern aus Familien abzulehnen, die während der Kriegszeit sich an Streiks beteiligt hätten;
2. alle anderen Vereine zur Stellungnahme gegen Zuziehung von Herren aus den Konsumentenkreisen zu den Revisionen landwirtschaftlicher Betriebe aufzufordern.

Diese Beschlüsse werden weit über den Krieg hinaus mit Donnerstimme für die Opfer zeugen, die gewisse Schichten im vierten Jahre des Jammers des Weltkrieges dem Vaterlande zu bringen fest entschlossen waren. Nur haben die Herren westpreussischen Rittergutsbesitzer ganz vergessen, zugleich noch zu beantragen, die Entziehung über den bestehenden Kindermodus aus der Bibel zu streichen. Aber es hat ja auch so noch kein einziger Geistlicher dagegen Einspruch erhoben, daß unschuldige Kinder, die keinerlei Einfluß auf die Handlungen ihrer Väter besitzen, an Körper und Seele für deren Tun vielleicht sogar bis an ihr Lebensende gestraft werden sollen...

### Änderung in der Geschäftszeit.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat sich der Kommandantur gegenüber damit einverstanden erklärt, daß für die Sommerzeit die Geschäftszeit in den Läden auf die Zeit von morgens 8 bis abends 6 Uhr gelegt wird.

Die Sommer-Uhrzeit sollte, wie auch wir meinten, bereits am zweiten Ostertage, Montag den 1. April, beginnen. Nunmehr ist endgültig bestimmt, daß die sommerliche Zeitrechnung erst am Montag den 15. April, früh 2 Uhr, beginnen soll. Sie endet am Montag den 16. September, vormittags 3 Uhr. Die öffentlichen Uhren sind am 15. April, vormittags 2 Uhr auf 3 vorzustellen und am 16. September vormittags 3 Uhr auf 2 zurückzustellen. Die Sommer-Uhrzeit wird wieder eingeführt, weil sie sich 1916 und 1917 voll und bewährt. Außer den anerkannten Vorteilen für die Volksgesundheit wurden erhebliche Ersparnisse an den für Beleuchtungsarbeiten nötigen Kohlenstoffen erzielt. Die diesjährige Regelung entspricht fastlich ganz der vorjährigen, nur die Kalendertage sind etwas verschoben, weil die Sommer-Uhrzeit an einem Montag beginnen und enden soll. Die Verhältnisse des Güterverkehrs ließen es für die Eisenbahn- und Postverwaltungen wünschenswert erscheinen, daß der Uebergang von einer Zeit in die andere in der Nacht von Sonntag zu Montag stattfindet. Demgemäß erschien 1918 als der geeignetste Tag zum Beginn der Sommer-

Uhrzeit am 15. April, zu ihrem Ende der 16. September. Da gegen 2 Uhr vormittags die wenigsten Eisenbahnzüge verkehren, empfahl sich dieser Zeitpunkt zum Uebergang.

Die Volksfürsorge hat im Januar 1918 einen glänzenden Aufstieg genommen. Es sind nicht weniger als 5184 Lebensversicherungsschlüsse gestellt mit einer Versicherungssumme von 1 358 244,00 Mark.

Alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen werden diesen Fortschritt freudig begrüßen. Ist es doch ihr eigenes Unternehmen, das in unregelmäßiger Weise die Interessen der bei ihm Versicherten wahrnimmt und deshalb jedes Vertrauen rechtfertigt.

Erhöhung der Teuerungszulage für Reichsbeamte. Die unter dem Vorsitz des Abgeordneten Meyer-Herford tagende interfraktionelle Konferenz des Reichstages für Beamtenfragen ist zu einem vorläufigen Abschluß ihrer grundsätzlichen Beratungen gelangt. Die Konferenz hat sich einstimmig für eine allgemeine erhebliche Erhöhung der laufenden Kriegsteuerungszulagen erklärt. Die Vertreter der Verbündeten Regierungen haben sich grundsätzlich ebenfalls für eine allgemeine Erhöhung ausgesprochen. Hinsichtlich des Maßes der Erhöhungen sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Geldsendungen an deutsche Kriegsgefangene in Rußland. Infolge des Kriegszustandes zwischen der Ukraine und Nordrußland sowie der Unruhen in Finnland ist der bisherige Postverkehr nach der Ukraine über die nordischen Länder unterbrochen worden. Es besteht so lange keine Möglichkeit, Postsendungen an die deutschen Gefangenen in diesem Gebiet zu leiten, bis der direkte Postverkehr mit der Ukraine eingerichtet sein wird. Inzwischen muß davon abgeraten werden, Geldsendungen nach der Ukraine zur Absendung zu bringen. Bis zur Klärung der Verhältnisse in Nordrußland und besonders in Finnland dürfte es sich ebenfalls empfehlen, mit der Absendung von Geldern an die Gefangenen in Nordrußland und Sibirien Zurückhaltung zu üben.

Ausbesserungstuben. Der Wohlfahrtsausschuß einer süddeutschen Großstadt hatte eine Organisation geschaffen, die es den in der Rüstungsindustrie sowie bei der Post, den Straßen- und Eisenbahnen beschäftigten Frauen und Mädchen ermöglichen soll, schadhaft gewordene Kleidung und Wäsche für wenig Geld ausbessern zu lassen. In verschiedenen Stadtteilen werden Ausbesserungstuben eingerichtet. Bedingung ist, daß die Wäsche, die zur Instandsetzung dorthin gegeben wird, sauber gewaschen ist und die Kleider ausgebüchelt sind. Die Ausbesserung erfolgt zum Selbstkostenpreise. Stoffstücke und Fäden sind mitzubringen, während Nähmaschinen gestellt werden. Es wäre erfreulich, wenn diese Einrichtung auch in anderen Städten Nachahmung finden würde.

Am 14. März ist eine Bekanntmachung betreffend Befreiung von Beschlagnahme und Höchstpreise von Rutschwagenbereifungen, in Kraft getreten, durch die sämtliche gebrauchte, ungebrauchte, montierte und nichtmontierte Wagen- und Rutschwagenbereifungen beschlagnahmt werden. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Postzeibehörden einzusehen.

### Schiedsgericht für Gemüse und Obst.

Zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Erzeugern und Händlern, sowie Gemeinden und Verbrauchern, ist bei der Provinzialstelle für Gemüse und Obst in Danzig ein Schiedsgericht gebildet worden. Vorsitzender ist Landgerichtsrat Stambrau in Langfuhr. Als stellvertretender Beisitzer ist Parteisekretär Gehl in Danzig ernannt.

Warnung an Gemüsefamentvucherer. Die amtlichen Richtpreise für Gemüsefamenten werden häufig derart überschritten, daß sich die Reichsstelle für Gemüse und Obst genötigt sieht, dagegen auf das schärfste einzuschreiten. Die Schuldigen werden unmissverständlich den Strafgerichten ausgeliefert (Höchststrafe: ein Jahr Gefängnis nebst 10 000 Mk. Geldstrafe und einschuldigungsloser Einziehung der Samenorräte), die Handelsbetriebe polizeilich geschloffen, sowie die Vorräte beschlagnahmt und einer amtlichen Stelle zwecks Veräußerung zu den Richtpreisen unmissbar an die Verbraucher überwiesen. Diese Maßregel sind schon mehrfach durch geführt worden, auch in Groß-Berlin. Auf irgendwelche Nachsicht darf nicht mehr gerechnet werden. Es wird daher dringend vor Ueberschreitungen gewarnt.

### Höchstpreisüberhöhung

machte sich der Kaufmann Dunkel in Danzig schuldig. Er bestreite sich aus Hamburg und Elßaß 2500 Paß ausländische Streichhölzer, für die er pro Paß 49 Pf. bezahlte und zum Preise von 90 Pf. im Großhandel meiler verkaufte. Der Höchstpreis für diese Auslandsware beträgt aber nur 75 Pf. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei. Die Berufungskammer verurteilte ihn zu 100 Mark Geldstrafe. Dem Angeklagten wurde vom Sachverständigen vorgerechnet, daß er an jedem Paß dieser Streichhölzer 20 bis 30 Pf. verdient habe. Wenn diese Rechnung stimmt, so verdiente Herr Dunkel an dem Posten Streichhölzer 2500 x 25 Pf. = 625 Mark. Verdienener dürfte er als Großhändler aber an einem Paß, Abzug aller Speßen, 5 Pf. Er hat also bare 500 Mark mehr verdient. Nach Abzug von 100 Mark Geldstrafe verbleibt Herrn Dunkel also noch ein nettes Sämmchen übrig.

Wir glauben kaum, daß mit solchen geringen Geldstrafen, aus egoistischen Motiven heraus entsprungene Höchstpreisüberhöhungen wirksam bekämpft werden können.

### Es gibt kein Schweinefleisch

aber auf dem Lande sind noch genug Schweine. Daß dem so ist, beweist folgender Fall: Der Besitzer Josef Reiche in Postelnau halte sich vor dem Schöffengericht wegen unerlaubter Hauschlachtung zu verantworten. Zwei Schweine hatte er geschlachtet und ein drittes wollte er schlachten. Außerdem hatte er noch fünf weitere Schweine im Stalle stehen. Das Gericht verurteilte ihn zu 200 Mark Geldstrafe.

Eine gründliche Revision der ländlichen Schweinehälle dürfte noch manches edle Borkentier zu Tage fördern. Wird diese Revision bald erfolgen? Die Großstädte verlangen dringend Schweinefleisch. Die Bevölkerung leidet sehr an Ferkelnot.

Abgabe von Lebensmitteln. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf dem Lebensmittel- und Kartoffelmarkt erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

### Ein geschäftstüchtiger Schuster.

Trotz der allgemein bekannten Kalarmität in Schuhwaren dürfte nachstehende Rechnung, die ein Schuhmacher in Oberschönweide bei Berlin einer schwer arbeitenden Kriegerfrau zustellte, von allgemeinem Interesse sein.

Für ein Paar Kinderschuhe, vorgeblättert und beschliffen verlangt der Mann:

1 Paar Knaben-Borderblätter . . . . .	8,75 Mk.
Gesellenlohn . . . . .	5,50
Brandsohlen . . . . .	2,85
2 Absatzleisen und Absatzleder . . . . .	1,05
2 Gelenkstücke . . . . .	2,60
Kleine Auslagen . . . . .	0,90
2 1/2 Stunden Zeit für Aufstreifen der Schuhe pro Stunde 1,50 . . . . .	3,75
1 Paar Schürstügel . . . . .	1,-
	26,80 Mk.

30 Prozent Geschäftsverdienst (!) . . . . .

7,90

Ga. 34,70 Mk.

Das schönste bei der ganzen Sache ist nun noch, daß die Kriegerfrau das Leder für Sohlen und Absatz selbst geliefert hat. Glücklicherweise hat die Gemeindebehörde veranlaßt, daß die reparierten Schuhe sowohl wie auch die Rechnung einer amtlichen Prüfungsstelle überwiesen wurden.

### Frau und Kinder gemißhandelt

hat ein russischer Rückwanderer in Abbau K a m e r a u. Seine Kinder schlug der Mann gelegentlich mit einer Peitsche und seiner Frau blaute er mit dem Holzspatzen Ordnung und Gehorsam ein. Die Frau zeigte ihren „liebesswürdigen“ Gatten auf Zureden anderer Personen an. Vor dem Schöffengericht in Schönau glaubte der Mann aus der Bibel nachzuweisen zu können, daß er ein Recht habe, seine Frau durch Prügel zur Ordnung zu erziehen. Das Schöffengericht wollte aber die Bibelweisheit des Wüterichs als berechtigt nicht anerkennen und verurteilte ihn zu 2 Monaten Gefängnis. Vor der Berufungskammer in Danzig sagte die Frau des Schlägers aus, daß sie durch Widersprechen ihren Mann gereizt und dadurch die Schläge herausgefordert habe. Wegen Mißhandlung seiner Kinder erfolgte Freisprechung. Wegen schwerer Körperverletzung seiner Frau erhielt der Mann, obwohl seine Frau Bestrafung nicht wünschte, 30 Mark Geldstrafe.

Dieser Fall ist sehr lehrreich. Er zeigt wieder einmal recht deutlich, daß der Kampf der Frauen um volle Gleichberechtigung im Bürgerlichen wie im Eheleben, keine Phrase ist, sondern bitter not tut.

### Aus Westpreußen

Walz und Mischler als Gemeindevertreter in Ohra gewählt.

Der „Maffenschrift“ der Unabhängigen.

Der Wahlkampf in der dritten Abteilung ist geschlagen. Er endete mit einem glatten Siege der gemeinsamen Kandidaten. Unser Genosse Walz erhielt 93 Stimmen, der Vertreter des Bürgervereins 92 Stimmen. Die unabhängigen Kandidaten Heinrich Brunat und Ernst Schmidt brachten es auf ganze 29 bzw. 28 Stimmen. Walz und Mischler sind gewählt. Das war eine glänzende, wohlverdiente Niederlage der Arbeiterpartei. In Agitation haben es die Leute nicht fehlen lassen. Auch unsere Genossen waren in großer Zahl tätig. Der Erfolg ihrer Arbeit möge ihnen Dank sein. Der Sozialdemokratische Verein versammelte seine Mitglieder noch einmal am Dienstag abend. Genosse Bührig-Danzig sprach vor aufmerksam Zuhörern über die Aufgaben eines sozialdemokratischen Gemeindevertreters.

Am Mittwoch morgen verbreiteten die „Unabhängigen“ einen harmlosen Handzettel. Anders aber am Donnerstag, am Tage der Wahl, wo sie sich vor der gebührenden Antwort sicher fühlten. In einem Flugblatt, das von Kraft- und Schimpfwörtern überladen ist, wurde unseren Genossen „Verräter!“ und „Preisgabe von Grundstücken“ vorgeworfen. Den Beweis dafür lieferten sich die politischen Kraftmeier; den können sie auch gar nicht erbringen. Wir haben keine Grundstücke verraten, wohl aber haben die „Abgehängten“ durch ihre schmutzigen Waffen den politischen Kampf vergiftet. Der wehrfähige Dichter Emil Ritterhaus, ein Freund Freiligraths, hat die Unabhängigen nicht gekannt. Aber trotzdem könnten seine folgenden Dichterverse für sie geprägt worden sein:

„Da gilt die beste Faust, die fröschste Zunge,

Und mehr als die Kraft der Brüste, gilt die Kraft der Lunge.“

Weiter wurde behauptet, daß die gemeinsamen Kandidaten Versprechungen machten, die sie gar nicht halten könnten. Die Grundstücke, die aufgestellt wurden, sind alte Forderungen der Ohraer Sozialdemokratie. Noch vor zwei Jahren wurden sie erhoben in einem Flugblatt, durch das der frühere Genosse Sommer als Kandidat zur Gemeindevertreterwahl vorgestellt wurde. Auf den Protest vieler Parteigenossen, die in Sommer keinen geeigneten Vertreter der Ohraer Arbeiterschaft erblickten, mußte er dann dem Genossen Temp Platz machen.

Aber all die wüste Agitation war vergebens, sie scheiterte an dem gesunden Menschenverstand der Ohraer Arbeiter. Walz und Mischler hatten von Anfang an einen Vorsprung, der immer größer wurde, trotz der enttäuschten Gesichter der „Unabhängigen“. Das Verhältnis von 93 zu 29 erfüllt uns mit Stolz und Freude. Es zeigt, daß die Arbeiter von Ohra nichts wissen wollen von einem Bruderkampf, den die Unabhängigen immer wieder schüren.

Mit dem Genossen Walz zieht wieder ein Sozialdemokrat in das Gemeindeparlament in Ohra ein. Wir sind sicher, daß er die Interessen der Arbeiterschaft zielbewußt wahrnehmen wird.

Eibing, Kriegsflüchtling. Durch die Presse geht eine Notiz, die erkennen läßt, daß die beiden städtischen Kriegsküchen von der Arbeiterschaft nicht genügend in Anspruch genommen werden. Während die in der Nähe der Schichauwerke befindlich-

... für die nächste Woche nur noch 60 Besucher in Frage. Danach scheint die Anziehungskraft dieser Waffenspeisung auf die minderbemittelte Bevölkerung nur sehr minimal zu sein. Das liegt natürlich nicht an der Einrichtung an sich, sondern an den dort verabreichten Speisen.

Wir können nur raten, die Küchen nicht zu schließen. Sie sind eine notwendige soziale Einrichtung während des Krieges. Sie müssen aber auch ihre Aufgabe voll erfüllen. Das können sie natürlich nur, wenn gute schmackhafte Speisen verabfolgt werden. Beispielt das, wird der Besuch sich auch heben.

Abing, 8. März. Wegen der Vorgänge am 12. Dezember 1917 erhielt am Dienstag (5. März) eine aus Tarwinden im Kreise Fr. Holland stammende 31-jährige Arbeiterfrau vom Uebinger Kriegsunterstandesgericht 8 Monate Gefängnis. Die Beschuldigte, die sich in Untersuchungshaft befand, hat sich bereit betragen, daß der Anklageverteiler 2 Jahre Gefängnis beantragte. Nur die große Reue der Frau veranlaßte den Gerichtshof, weit unter dem Antrage zu erkennen. Die Strafe wurde sofort vollstreckt. — Die wegen der Vorkommnisse in letzter Zeit an jedem Donnerstag der Woche vom Kriegsunterstandesgericht abgehaltenen Sitzungen werden, da die

... werden. Sollten Verurteilungen in dieser Sache noch vorkommen, so werden sie in der regelmäßigen Wochenstunde am Dienstag erfolgen. (Eib. 8.)

— Drei Jahre Zuchthaus für einen Polizeibeamten. Wegen Amtsunterschlagung und schwerer Urkundenfälschung verurteilt das Schwurgericht in Königsberg den Polizeibeamten Guretz aus Badenburger zu 3 Jahren Zuchthaus und 600 T. Mart. Geldstrafe. Guretz hatte im vergangenen Jahre über 4000 Mark kassierte Gelder, die er aus dem städtischen Fleischnachverkauf und als Geis für abgelieferte Goldsachen vereinnahmt hatte, unterschlagen.

Reiche Speisekammer-Beute bei einem Gemeindevorsteher. machten Diebe kürzlich in der Gemeinde Granau im Kreise Königsberg. Dem Gemeindevorsteher Rhode wurde die Räucherlammmer ausgeräumt. Zwei Schinken, eine Seite Speck und 30 Würste fielen den Dieben als Beute in die Hände. Der „arme“ Gemeindevorsteher ist wegen dieses nicht zu erfahrenden Verlustes wirklich zu bedauern.

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß vor einigen Tagen einem Danziger Arbeiter ein tadellos geräucherter

Schweinefleisch für 10,50 Mark das Pfund angeboten wurde. Der Arbeiter nahm ihn freudig entgegen, schloß ihn in sein Spind ein und erklärte sich zur Zahlung des Höchstpreises von 4,50 Mark bereit. Daraufhin verzichtete der Schweinehändler auf Bezahlung und verschwand sofort auf Nummerwiedersehen. „Schwein“ muß der Mensch haben.

**Denkt an die Sammlung**  
zur Förderung des Kampfes für Versöhnung, Frieden und gleiches Wahlrecht!  
Zuwendungen nimmt entgegen das Parteisekretariat Danzig, Julius Gehl, 4. Damm 7. Geldsendungen durch die Post sind an O. Braun, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten, oder können auf Postcheckkonto Fr. Bartels, F. Ebert, O. Braun Nr. 7918 beim Postfachamt Berlin eingezahlt werden.

**Abgabe von Lebensmitteln.**

- Es werden verabfolgt:
- Von Montag, den 18. bis Sonnabend, den 23. März:**  
Auf die Marke 15 der Kartoffelkarte 4 Pfund und auf die Marke 16 der Kartoffelkarte 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
  - Von Dienstag, den 19. bis Sonnabend, den 23. März:**  
a) Auf die Marke K 39 der Lebensmittelkarte für Kinder 1/2 Pfund Margerant oder auf 2 Marken K 59 1/2 Alko-Dose Reis-Konserve zum Preise von 1,60 Mk. je nach Vorrat in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Mühlenfabrikaten erfolgt ist.  
Auf die Marke K 39 der Lebensmittelkarte für Kinder der in den Nachbargemeinden Brestau, Emaus, Ohra, Bürgerweien, Fr. Waldorf, Klein Baldorf, Fr. Plehendorf und Klein Plehendorf wird 1/2 Pfund Margerant in den dortigen Geschäften verabfolgt werden.  
b) Auf die rechte Hälfte des Stammes der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder je 1/2 Pfund Mühlenenergie, erhältlich in den Kolonialwarenhandlungen, in denen die Anmeldung erfolgt ist. Derselbe Menge ist auf die linke Stammbälfte der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder der Nachbargemeinden in den dortigen Geschäften erhältlich.
  - Von Donnerstag den 21. bis Sonnabend den 23. März:**  
a) Auf die linke Hälfte des Stammes der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder auf die Marken 40 und K 60 der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je 1 Sering zum Preise von 16 Pfg., erhältlich in den Kolonialwarenhandlungen, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Mühlenenergie erfolgt ist.  
b) Auf die Marke 53 der Nahrungsmittelkarte für jede Person je 1/2 Pfund Randis (zum Preise von 56 Pfg. für Weißrandis und 53 Pfg. für Dunklrandis) oder je 1/2 Pfund Zucker, erhältlich je nach Vorrat in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Mühlenenergie erfolgt ist.  
Die Stamme der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden sind aufzubewahren.  
Die von den Händlern vereinnahmten Marken und Stammschnitte sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen.  
Danzig, den 14. März 1918. 71

Der Magistrat.

**Elbing**  
Lebensmittelverteilungsplan der Stadt Elbing für die Woche vom 18. bis 24. März 1918

- Montag: 7 Pfd. Kartoffeln (Kartoffelmarkte für die Woche vom 18. bis 24. März 1918).  
Dienstag: 1 Bäckchen Käse (auf zwei Lebensmittelmarkten)  
Mittwoch: 1/2 Pfd. Margerant (Kinderzulagekarte).  
Donnerstag: 1/2 Pfd. Randis (Lebensmittelmarkte)  
Freitag: 1/2 Pfd. Marmelade oder bei rechtzeitigem Eintreffen Anisbonig (Lebensmittelmarkte).  
Sonnabend: 1/2 Pfd. ausländische Graupe (Zulagekarte für Schwer- und Schwerstarbeiter).  
Der freie Verkauf von Käse, Butter, Dörrgemüse, sowie weißem und ausländischem Fleisch-Extrakt findet weiter statt, soweit Vorrat reicht.  
Ferner kommt zum freien Verkauf eine kleine Menge Fischkonserven, wofür die Verkaufsstellen noch bekannt gegeben werden.  
Elbing, den 16. März 1918.  
Der Magistrat — Ernährungsamt.

St. G. 2210 L. 18 KRA. K. St. 1 d. Nr. 113 g.

**Befandserhebung, Beschlagnahme und Höchstpreise von Aufschwabenbereifungen**

ausländischen Kraftwagenbereifungen in Kraft.  
Die Befandserhebung enthält wichtige Bestimmungen über Sicherung, Melddatum und Verwertung.  
Der Verkauf ist in den Regierungsämtern und in Kreisblättern sowie in öffentlichen Ausschlägen einzusehen.  
Abdrucke sind bei der Kriegsammlung, Abt. 1d, Danzig kostenlos erhältlich.  
Danzig, Graubenz, Thora, Celm, Marienburg, den 14. März 1918.  
Einserreitendes Generalkommando XVII. Armeekorps.  
Der kommandierende General.  
Die Kommandanten der Jägerbataillone und Thora.  
Die Kommandanten der Jägerbataillone Danzig, Celm und Marienburg.

**Zeitungs-Musträgerinnen**  
Können sich melden in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32

**Bekanntmachung.**

Während der Zeit vom 21. bis einschl. 27. d. Mts. findet in der Westpreussischen Gewerbehalle zu Danzig, Schüsselbamm 62, eine von der Erfahrungslehrgesellschaft m. b. H., Berlin, veranstaltete **Ausstellung von Fußbekleidungsstücken mit angewendeten Erfahrungssohlen** statt. Hiermit verbunden ist an den gleichen Tagen ebendasselbst ein **Kursus zur Unterweisung in der Verarbeitung und Anbringung von Erfahrungssohlen.** Die Teilnahme an diesem Kursus ist für alle Schuhmacher aus der Provinz Westpreußen unentgeltlich, doch müssen die Schuhmacher ihr Werkzeug mitbringen. Die Ausstellung ist wochentags von 9—1 Uhr und von 3—7 Uhr und am Sonntag nachmittags von 3—7 Uhr geöffnet. **Danzig, den 11. März 1918. Handwerkskammer. Betriebsamt.**

**Teilungs Fremdwörter**  
und politische Schlagwörter  
vordruckt und herausgibt Adolf Braun  
Preis 36 Pf.  
Der wahre Jakob pro Nummer 15 Pf. Buchhdig. Volkswacht. Paradiesgasse 32.

**Arbeiter-Jugend :: Danzig**

Sonntag den 17. März, abends 6 Uhr im Bürgergarten (Ww. Steppuhn) Schildis **Frühlings-Feier**  
Musik :: Gesang :: Reigen :: Rezitationen  
Magische Vorführungen  
Ferner gelangt zur Ausführung: **Die seltsame Testamentstausel**  
Eingpiel in 1 Akte.  
Eintritt Erwachsene Vorverkauf 60 Pf., Abendkasse 75 Pf., Jugendliche 30 Pf. Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind zu haben in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 32. **Der Jugendauschuss.**

**Feierstunden**

für erwerbstätige Frauen und Mädchen aller Stände **Legter (10.) Abend Mittwoch, 20. März, abds. 7 Uhr in der Aula der Petrischule (Mansaplatz)**  
1. Klavierkonzert. Fräulein Betty Rothstein.  
2. Gesangsstücke. Fräulein Rudzinski.  
3. Die Bedeutung der Jugendfürsorge für Deutschlands Zukunft, mit Schülern. Herr Stadtrat Dr. Grünspan. (Aussprache).  
4. Grosse Vorträge. Herr Rudolf Ewensstein.  
5. „Hörchenstücken“. Turnische Vorführung der Jugendabteilung der Petrischule Langgarten, unter Leitung von Fräulein Clara Neumann.  
Eintritt 10 Pfennig. 67  
**Nationaler Frauendienst.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsgaststätte Danzig, 4. Damm 7, II.  
Sonntag, den 17. März cr., nachmittags 2 Uhr, in Ohra „Zur Ostbahn“ **Grosse öffentliche**

**Arbeiterinnen-Versammlung**

Tagesordnung: „Die Zukunftsaussichten der arbeitenden Frauen.“  
Vortragende: Gertraud Hanna-Berlin  
Arbeitende Frauen! Erscheint in Massen. Auch Männer haben Zutritt. **Die Verwaltung.**

Echt gelassener Schnupftabak garantiert rein.  
**Julius Gosda,** Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrik.  
Danzig, Ede Hättergasse 5 u. 2. Driestergasse 5. Fernspr. 2428  
In freien Stunden Preis 15 Pf. zu beziehen durch die Buchhdig. Volkswacht, Paradiesgasse 32

**Bau- und Erwerbgenossenschaft für Eibing und Umgegend**

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
**Bilanz per 30. September 1917**

	Aktiva.	Passiva.	
Beschl. f. f. . . . .	100 —	Darlehens-Konto . . . . .	15872 25
Giro-Konto . . . . .	4355 60	Hypothek-Konto . . . . .	63833 18
Kassa-Konto . . . . .	300 53	Geschäftskonto . . . . .	1035 —
Kautions-Hinterlegung . . . . .	2000 —	Zinsen-Konto . . . . .	2031 90
Grundstück-Konto . . . . .	94000 —	Kautions-Konto . . . . .	2000 —
Inventar-Konto . . . . .	2000 —	Hausbaufonds . . . . .	2500 —
Kautions-Konto . . . . .	18 —	Reservefonds . . . . .	8891 91
Barenbestand . . . . .	4226 60	Kapital-Konto . . . . .	10816 49
	107000 73		107000 73

Mitgliederbewegung: Zahl der Mitglieder am 1. Oktober 1916 48. Zugang 1, Abgang 1; mithin Mitgliederzahl am 30. September 1917 48.  
Eibing, den 3. November 1917.  
F. Rudnitzki. H. Recht. H. Schottke.

**Uhren**  
Große Auswahl  
in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren  
Wiederuhren in allen Preislagen  
**S. Lewy Nflgr.**  
Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

**Trauer-**  
Hüte in reicher Auswahl  
Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen  
**Julius Goldstein**  
Lamendalgasse 4, gegenüber der Markthalle

**Wochenpielplan des Danziger Stadttheaters**

- Montag, 18. März, abends 6 Uhr: „Stiegfried“.  
Dienstag, 19. März, abends 7 Uhr: „Wie siegen“, zum ersten Male, Lustspiel von Leo Senz.  
Mittwoch, 20. März, abends 7 Uhr: „Drei alte Schachteln“, Operette von Walter Kollo.  
Donnerstag, 21. März, abends 7 Uhr: „Die lustigen Weiber von Windsor“, Frau Fluth, Fräulein Virginia Schell vom Stadttheater in Basel a. S. a. E.  
Freitag, 22. März, abends 7 Uhr: „Fidelio“.  
Sonnabend, 23. März, abds. 7 Uhr: „Drei alte Schachteln“.  
Sonntag, 24. März, abends 7 Uhr: „Die toten Augen“.

wieder zu den „unnatürlichen Wahlverhältnissen“, denen die Verhältniswahl ja nach der Begründung gerade entgegenwirken soll.  
Ein weiterer Mangel der Vorlage ist die Schädigung der Arbeiterkraft in den Reichstagswahlkreisen, von welchen industrielle Teile abgetrennt und mit benachteiligten Städten verbunden sind.  
Der Verfassungsausschuss wird also ernstlich prüfen müssen, ob die Neuregelung nicht mindestens auf alle Wahlkreise, die schon 1910 200 000 Einwohner hatten, ausgedehnt werden soll, wenn dadurch auch die Zahl der Reichstagsitze um 100 steigen sollte. Der Wahlausschuss wird auch alle in der Literatur und Presse gemachten Vorschläge zur Lösung des Problems prüfen müssen. Ich wolle da besonders auf den sehr beachtenswerten Vorschlag hin, den mein Parteifreund Ged gemacht hat, nach dem eine Regelung des gesamten Wahlverfahrens möglich ist, die allen Forderungen der Gerechtigkeit entspricht. In bezug auf die Wahlordnung ist zu verlangen, daß sie nicht ohne die Zustimmung des Reichstages erlassen werden darf. Das System der gebundenen Listen ist jedenfalls besser als das in der Vorlage vorgesehene, wonach jeder Wähler beliebig die Liste ändern kann.

Alles in allem bedeutet die Vorlage eine Milderung des bisherigen Unrechts des Reichstagswahlrechts gegen die großen Städte und sie führt das neue Prinzip der Verhältniswahl ein.

Freilich bleibt viel altes Unrecht bestehen und neue Mängel und Benachteiligungen sind zu befürchten. Die Reform ist eine Teilreform und trägt die Notwendigkeit einer weiteren Reform in sich. Freilich verwarf sich die Regierung gegen eine weitere Reform in absehbarer Zeit. Aber trotz solcher Verwehungen wird die Entwicklung nicht still stehen. Das Verlangen nach der allgemeinen Anwendung des Verhältniswahlrechts und nach einer wirklich gerechten Einteilung der Wahlkreise wird immer stärker werden.

Ihre endgültige Stellungnahme behalten meine Freunde sich vor.

Aber selbst wenn das Gesetz in verbesserter Form zustande kommt, so können wir es nur als ein Provisorium betrachten, als einen Anfang, als einen Schritt auf dem Wege, auf dem in Zukunft weiter marschiert werden muß. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

### Der nationalliberale Zentralvorstand für das gleiche Wahlrecht

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei Deutschlands trat gestern zu einer zahlreich besuchten Sitzung im Abgeordnetenhaus zusammen. Abgeordneter Stresemann eröffnete die Verhandlungen durch einen Vortrag über die äußere Politik. In den Vortrag schloß sich eine Aussprache. Alsdann wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Der Zentralvorstand billigt die Haltung der nationalliberalen Fraktion des Reichstages auf dem Gebiete der auswärtigen Politik in allen Punkten und spricht ihr den Dank für die entschlossene Vertretung von ihrem Vorhaben dargelegten Kriegsgleichen aus. Den zweiten Gegenstand der Verhandlungen bildete der Bericht des Geheimrats Professor Baasche über die innere Politik. Er befürwortete die Annahme der Regierungsvorlage über die Einführung des allgemeinen, direkten, gleichen Wahlrechts. Nach ihm sprach der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion, Lohmann, der die Gründe darlegte, aus denen die Mehrheit der Abgeordnetenhausfraktion zu der Ablehnung des gleichen Wahlrechts gelangte. Nach längerer Debatte, an der sich auch Staatsminister Dr. Friedberg beteiligte, kam folgende Entschließung zur Abstimmung: Der Zentralvorstand hält die Einführung des gleichen Wahlrechts für die Wahlen zum preussischen Landtage für eine Staatsnotwendigkeit und bittet daher die Landtagsfraktion unter Zurückstellung gewichtiger Bedenken, sich auf den Boden der Regierungsvorlage zu stellen. Bei der Abstimmung gaben von den preussischen Mitgliedern des Zentralvorstandes 64 ihre Stimmen dafür und 21 dagegen, von den übrigen Mitgliedern stimmten 40 für, 3 gegen die Resolution. Letztere wurde also mit insgesamt 104 gegen 24 Stimmen angenommen.

### Ein neuer Wahlrechts-Erlass

Der Minister des Innern Dr. Drews hat einen durch die Verhältnisse gebotenen, sehr zweckmäßigen Erlass über das Verhalten der politischen Beamten in der Wahlrechtsfrage an die Regierungspräsidenten gerichtet. Nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ lautet der Erlass wie folgt:

„In letzterer Zeit hat in weiteren Kreisen der Bevölkerung ansehnend die Meinung Raum gewonnen, es sei der Staatsregierung nicht voller, nicht eindringlicher Ernst mit der Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Juli 1917, der die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen in Aussicht gestellt hat.

Diese in jeder Beziehung irrtümliche Meinung hat besonders in der Arbeiterschaft Verbreitung gefunden und dort eine begriffliche Erregung erweckt, deren sich die verbrecherischen Elemente bedienen konnten, die den vergeblichen Versuch unternahmen, in einzelnen Städten der Monarchie Streikbewegungen, insbesondere in unserer Rüstungsindustrie, in Gang zu bringen.

Die übereinstimmende Mehrheit der Arbeiterschaft hat sich in der Erfüllung ihrer Pflicht nicht irre machen lassen, hat keine Neigung gezeigt, sich aus Gründen innerpolitischer Beunruhigung an dem landesverräterischen Treiben, als das sich Arbeitseinstellungen während der Kriegszeit darstellen, zu beteiligen.

Es ist damit zu rechnen, daß das gegen den vorbehaltlosen Reformwillen der Staatsregierung geweckte Mißtrauen an Ausdehnung zunimmt, wenn ihm nicht entgegengetreten wird, daß diejenigen, die in Streikbewegungen geeignete Mittel zur Durchsetzung ihrer beiderseitigen politischen Pläne erblicken, das vorhandene Mißtrauen auszunutzen und es zu steigern versuchen werden.

Bei der entscheidenden kriegspolitischen Bedeutung, die die preussische Wahlrechtsvorlage gewonnen hat, muß ich mit Nachdruck fordern, daß die mir nachgeordneten Dienststellen die Politik der Staatsregierung unbedingt nach außen hin vertreten. Insbesondere erwarte ich von den Herren Regierungspräsidenten, daß sie, wo immer sich Gelegenheit bietet, mit aller Entschiedenheit betonen, daß die Staatsregierung mit unvermindeter Entschlossenheit auf der Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Juli 1917 beharrt, daß sie festhält an ihrer wiederholt gegebenen Erklärung, an die Einführung des gleichen Wahlrechts alle verfassungsgemäß zulässigen Mittel zu setzen. Es trifft nicht zu, daß die durch nichts zu rechtfertigende Haltung der Leitungen beider sozialdemokratischen Parteien anlässlich der Groß-Berliner Streikbewegung die Staatsregierung irgendwie an ihrem Reformwillen irre gemacht hätte. Jede in dieser Richtung zielende Behauptung widerspricht der Wahrheit. Die Staatsregierung versteht die Einführung des gleichen Wahlrechts nicht als eine Maßnahme, für deren Durchführung das Wohlverhalten der sozialdemokratischen Partei maßgebend ist.

Sondern als die innerpolitische Konsequenz, die sich aus der opferreudigen, treuen und geduldbigen Haltung des gesamten Volkes während der schweren Jahre der Not ergeben hat. Die Staatsregierung erkennt in keiner Weise an, daß durch die letzte Streikbewegung das Vertrauen in der Arbeiterschaft, das sie gerade mit der Wahlrechtsvorlage befestigt hat, eine Erschütterung erfahren hat. Im Gegenteil erkennt sie in der patriotischen, selbstbewussten Haltung der überwältigenden Mehrheit deutscher Arbeiterschaft während des Streiks eine Bestätigung ihres Vertrauens.

Dem Wohlergehen vom 11. Juli 1917 hat sich seine Majestät der König selbst gegenüber den breiten Volksmassen verhalten gemacht und die Staatsregierung mit ihr alle ihre Organe, haben es als oberste Pflicht des höchsten Dienstes anzusehen, die Verbindlichkeit des Königs zu reifester Einsicht zu bringen.

Die dem Herrn Regierungspräsidenten die in den Diensten der Staatsregierung zu vertreten und die nachgeordneten Dienststellen mit geeigneten Anweisungen zu versehen.

(gez.) Drews

### Preussische Wahlen

M.B. Berlin, 8. März. Der Wahlrechtsausschuss des Abgeordnetenhauses nahm den vom Unterausschuss vorgelegten Wahlpflichtentwurf gegen die Stimmen der Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen an.

### Die Fortführung der Disziplin

Um die Fortführung der deutschen Disziplin hat, schreibt der „Vorwärts“, ein stiller aber zäher Kampf eingesetzt. Der erste Linie Litauen, in zweiter auch die drei baltischen Provinzen und die geplanten Abtrennungen polnischer Gebiete betrifft.

Der litauische Landesrat hat vor einigen Wochen beschlossen, bei Rußland, Deutschland und anderen Mächten um die Anerkennung der litauischen Selbständigkeit anzusuchen. Ein Antrag auf Bundesangehörigkeit an das Deutsche Reich ist aber abgelehnt worden.

Die alldeutsche Presse behauptet nun, daß der litauische Landesrat, die Laryba, bei diesem Beschluß von Erzberger und — der Wilhelmstraße beeinflusst worden sei. Die Litauer selbst wollten, entgegen dem Beschluß ihres Landesrats, den Anschluß an Deutschland, der auch im deutschen Interesse, weil Litauen die Brücke zu den baltischen Provinzen wäre, notwendig sei. In einem Teil der sächsischen Presse wird mit Eifer dafür agitiert, einen sächsischen Prinzen zum Bundesvater der selbstständigen Litauer zu machen, die Alldeutschen wollen aber im besten Fall eine sächsisch-litauische Personalunion aufstellen, so daß der jeweilige König von Sachsen zugleich auch Herzog von Litauen wird, sind aber natürlich in erster Linie für die Angliederung Litauens, Kurlands, Livlands und Estlands an Preußen.

Nach dem „Berl. Total-Anz.“ steht die Ernennung eines gemeinsamen Reichskommissars für die genannten vier vordem russischen Provinzen bevor. Der Erwählte soll der Ministerialdirektor im preussischen Landwirtschaftsministerium, Graf Robert Reysersling, sein. Das Blatt schließt daraus, daß man Livland und Estland staatsrechtlich die gleiche Behandlung angedeihen lassen will, wie Kurland und Litauen, was dem Friedensvertrage von Brest-Litovsk entschieden widerspricht.

### Aufruf!

Während im Osten die Morgenröte des Friedens heraufdämmt, wollen unsere verblendeten westlichen Gegner die Hand zum Frieden noch nicht reichen. Sie wägen noch immer, uns mit Waffengewalt zu Boden ringen zu können. Sie werden erkennen müssen, daß das deutsche Schwert die alte Schärfe besitzt, daß unser braves Heer unüberwindlich im Angriff, unerschütterlich in der Verteidigung, niemals geschlagen werden kann. Von neuem ruft das Vaterland und fordert die Mittel von uns, die Schlagfertigkeit des Heeres auf der bisherigen stolzen Höhe zu halten. Wenn alle helfen, Stadt und Land, reich und arm, groß und klein, dann wird auch die 8. Kriegaanleihe sich würdig den bisherigen Geldsiegern anreihen, dann wird sie wiederum werden zu einer echten rechten deutschen Volksanleihe.

### Rußland

#### Neue Vermittlungsversuche in Finnland

Außer den von den sozialdemokratischen Parteien Dänemarks und Schwedens eingeleiteten Vermittlungsversuchen in Finnland wird jetzt eine gemeinsame skandinavische Vermittlungsaktion herbeigeführt werden, und zwar seitens der skandinavischen interparlamentarischen Kommission, die 6 Mitglieder zur Reise nach Finnland gewählt hat. Die Kommission besteht aus folgenden Parlamentariern: Hauge und Moltesen für Dänemark; Branting und Welspärk für Schweden und von den Norwegern Mowinkel und Thallaug. Hiervon sind Branting und Hauge Sozialdemokraten, Thallaug konservativ, während die anderen drei die Freisinnigen und die Bauernliste vertreten.

Die Tätigkeit der Kommission soll gänzlich unpolitisch und neutral sein. Sie soll nur die Frage des finnischen Bürgerkrieges und die Möglichkeiten untersuchen, der gegen in notleidenden Bevölkerung Hilfe zu bringen.

#### Ein Jahr ohne Zar!

Am 12. März 1917 meldete die Petersburger Telegraphenagentur, daß der Zar die Duma und den Reichsrat auf unbestimmte Zeit verjagt habe. Es war dies der letzte Bericht, der im Namen der zaristischen Regierung in die Welt ging und er berichtete von des Zaren letzter Tat. Zwei Tage darauf erfuhr man, daß der Zarismus gestürzt und ein Duma-Ausschuss unter dem Vorsitz des Präsidenten Rodzianko als provisorische Regierung eingesetzt sei. Der Bericht vom 14. März sagte, am dritten Tag der Revolution sei „die Ordnung wiederhergestellt“ worden.

Dies war, wie wir alle heute wissen, ein grausame Täuschung. Schon in der revolutionären Dumassung vom 12. März war der Klassengegensatz zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und der nach Frieden strebenden Arbeiterschaft in den Reden Miljukows und Kerenskis aufgesprungen. Aber noch hatte die tadeltische Richtung die Oberhand, bis sie im Mai gestürzt wurde und die Regierung Kerenskis an ihre Stelle trat. Von Kerenski kann heute rückblickend gesagt werden, daß er vielleicht ehrlich den Frieden gewollt hat, ihn aber unter dem Druck der Entente, der er die Bundesstreue halten wollte, nicht erreichen konnte. Dadurch verstrickte er sich in das Abenteuer der Brussilow-Offensive, der im November v. J. die bolschewistische Erhebung folgte.

Es ist ein merkwürdiges Spiel des Zufalls, daß gerade am 12. März, dem ersten Jahrestage der Revolution, die Sowjets in Moskau zusammentreten, um über den Frieden mit Deutschland endgültig zu beschließen. Ein Jahr der furchtbaren Erfahrungen liegt hinter dem russischen Volk. Wenn jedes Volk, um zur Freiheit zu kommen, teures Lehrgeld bezahlen muß, da teuerste hat doch Rußland gezahlt!

Es waren die letzten glücklichen Tage, die das russische Volk jetzt vor einem Jahre nach dem Sturz des Zaren erlebte. Aber alles menschliche Denken bäumt sich auf gegen die Vorstellung, daß all die ungeheuren Opfer selbst umsonst, ja zum Schaden des russischen Volkes gebracht sein sollen. Erwinnern wir uns daran, daß es eine Zeit gab, in der auch die große französische Revolution die deutschen Idealisten enttäuschte. Auch Schiller fiel von ihr ab, und nur ganz starke Geister wie der Königsberger Philosoph Kant blieben ihr treu, aber die behielten recht. So wird die Welt auch erst später, wenn sich der heutige Abstand vergrößert hat, erkennen, was, alles in allem, die große russische Umwälzung für sie bedeutet hat, und dann wird man, wie Frankreichs 14. Juli auch Rußlands 12. März als einen großen Gedentag der Weltgeschichte feiern.

### Kriegswirtschaft

#### Freigesprochen trotz schlimmster Wuchers

Die Preise für Rummelförner sind, wie bekannt, während des Krieges erheblich in die Höhe gegangen. Während in Friedenszeiten Preise von 15 Mt. für einen Zentner Körner gezahlt wurden, stiegen sie während des Krieges bis zu 2000 Mt.

Wie seinerzeit berichtet, hatte sich im November 1917 vor dem Schöffengericht in Leer (Westfriesland) ein Gutsbesitzer aus dem Niederlande wegen übermäßiger Preissteigerung bei dem Verkauf von Rummel zu verantworten. Er hatte Rummel zum Preise von 150 und 1200 Mt. für den Zentner verkauft. Das Schöffengericht, das einen Preis von 200 Mt. für den Zentner in Anbetracht der Verhältnisse für angemessen hielt, verurteilte beamtlich den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 79 500 Mt.

Interessant ist jetzt zu hören, daß die Strafkammer in Aurich, die sich mit der Berufung des Angeklagten und des Staatsanwalts gegen dieses Urteil zu befassen hatte, den Angeklagten freisprach, weil sie anmah, daß er im Glauben gewesen sein könne, der gebotene Preis sei nach Lage der Sache berechtigt.

Nach solchen Urteilen kann jeder Wucherer sich auf seinen „Glauben“ berufen. Auf diese Weise ist das Volk eben vogelfrei jedem Verbrecher ausgeliefert.

#### „Notleidende Industrien“

Zu den Industrien, deren „Notlage“ von den Interessenten fortwährend und laut in die Welt hinausposaunt wird, gehören die Zündholzfabriken. Tatsächlich haben die Unternehmer es auch durchgesetzt, daß sie auf Kosten der Konsumenten die Preise für ihre oft sehr minderwertigen Erzeugnisse ganz gewaltig in die Höhe schrauben durften. Wie es mit der Notlage in der Zündholzindustrie steht, beweist der Rechnungsabschluss der „Vereinigten Zündholz- und Wachsfabriken Union“ in Lugsburg, einer der größten Betriebe auf diesem Gebiete in Deutschland. Die Gesellschaft verlor 1917 nach Abzug der gesetzlichen Sonderumlage zur Kriegsgewinnsteuer, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen einen Reingewinn von 849 848 Mt. und ist in der Lage, die Dividende von 25 auf 30 Proz. zu erhöhen. Außerdem werden noch 463 336 Mt. auf neue Rechnung vorgezogen.

Eine ähnliche „notleidende“ Industrie ist die Nähfadensfabrikation. Die Preise für Zwirn und Nähfäden sind ins Unermessliche gestiegen, angeblich deshalb, weil die Produktionskosten außerordentlich hohe geworden sind. In Wirklichkeit kommen die Unternehmer nicht bloß auf ihre Rechnung, sondern sie können auch noch einen erheblichen Extra-Kriegsgewinn buchen, wie aus dem Geschäftsabschluss für 1917 der Zwirnerei und Nähfadensfabrik Göppingen bei Lugsburg hervorgeht. Nach sehr reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen verzeichnet das Unternehmen einen Reingewinn von 747 490 Mt., wozu noch 1 055 589 Mt. Vortrag kommen. Wie im Vorjahre, werden auch dieses Jahr 20 Prozent Dividende ausgeschüttet, 1 233 080 Mt. gehen als Vortrag auf neue Rechnung.

#### Wem der Krieg nützt

Die ungeheure Steigerung der Grundrente während des Krieges wird durch die Erhöhung der Preise für landwirtschaftlich benutzten Grund und Boden am besten charakterisiert. Dafür wieder ein paar Beispiele: Ein in der Nähe von Penzlin (Mecklenburg) gelegenes Gut, das erst vor einem Jahre von seinem bisherigen Besitzer mit 1 1/2 Millionen Mark bezahlt worden war, ist jetzt für 2,35 Millionen Mark, also mit einem Gewinn von 600 000 Mark weiterverkauft worden. In der Mark Brandenburg angrenzenden Gebieten sind nach verlässlichen Quellen Rittergüter unter einigermassen normalen Bedingungen überhaupt nicht mehr käuflich zu erwerben.

#### Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.  
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig  
Druck Königsberger Volkszeitung, S m b. S. Cuniaberg 1. Nr.

### Nicht tatentlofes Zusehen Nur der Kampf führt zum Ziel!

Wer aber kämpft für baldigen, allgemeinen Frieden, für politische Rechte und dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft? Die

### Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Darum treten ein in die politische Kampfpartei, der die Zukunft gehört!

Erkläre hiermit meinen Beitritt zur sozialdemokratischen Partei.

Vor- und Zuname: .....

Beruf: .....

Geboren am: ..... Staatsangehörigkeit: .....

Wohnort: .....

..... Straße Nr. ....

Bitte recht deutlich zu schreiben.

Dieser Schein ist ausgefüllt an die Zeitungsbotin abzugeben oder dem für den Verbreitungsbezirk unserer Zeitung in Betracht kommenden Parteisekretariat in Danzig, A. Damm 7, einzuschicken.

